

INFOPERU90

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 90 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Vom Sturm auf Lima \(Hildegard Willer\)](#)
3. [Fujimorismus 2.0? \(Pilar Arroyo\)](#)
4. [Diese Demokratie ist keine Demokratie mehr \(Rocío Silva Santisteban\)](#)
5. [Kurz gemeldet – August 2023](#)
6. [Sofia Macher: Die peruanische Gesellschaft hat die Opfer zwar gehört, aber es kam kein Dialog zustande \(Hildegard Willer\)](#)
7. [20 Jahre Wahrheitskommission: Die Tatenlosigkeit derer, die es verhindern könnten \(Heeder Soto\)](#)
8. [20 Jahre CVR: wider Ungerechtigkeit und Rassismus \(Nani Schwenninger Mosquera\)](#)
9. [Das Millionengeschäft mit der Alpakawolle \(Elisabeth Salazar, Alessandro Cinque\)](#)
10. [Giftige Exporte \(Alicia Tovar\)](#)
11. [Hugo Blanco ist tot \(Heinz Schulze\)](#)
12. [Gesetzesentwurf gegen unkontaktierte Völker zu den Akten gelegt \(Annette Brox\)](#)
13. [Hinweise und Ankündigungen – August 2023](#)

1. Editorial No 90

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

vor 22 Jahren startete in Peru der Versuch, einen Teil der peruanischen Geschichte aus der Sicht der Opfer zu schreiben, aus der Sicht der Ärmsten und Ausgeschlossenen der Gesellschaft. Von 1980 bis 2000 hatte in Peru ein Bürgerkrieg zwischen der maoistischen Terrororganisation „Leuchtender Pfad“ und den peruanischen Streitkräften getobt. Für die Stadtbevölkerung in Lima bedeutete er vor allem Stromausfälle, Ausgangssperren, Razzien nach echten oder vermeintlichen Terroristen an staatlichen Universitäten und ganz zum Schluss auch Tote bei einem Bombenanschlag im Reichtumsviertel Miraflores.

Für die Menschen auf dem Land, vor allem im Süden Perus, bedeutete der Krieg Tod, Verschleppung, Folter, willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigungen und erzwungene Flucht. Die Menschen mussten ebenso vor den Terroristen des Leuchtenden Pfades wie vor Militär und Polizei zittern.

Diese Geschichte, von der jeweiligen Regierung in der Hauptstadt tunlichst verschwiegen, verzerrt oder zum Schluss von Fujimori als seine Erfolgsgeschichte gegen den Terrorismus erzählt, sollte von einer staatlich eingesetzten, plural besetzten Historiker- oder Wahrheitskommission aufgearbeitet werden. Die Kommission führte dazu unzählige Anhörungen durch, viele von ihnen öffentlich. Wälzte Quellen, zitierte Politiker. Am Ende standen 9 Bände, die eine neue Sicht nicht nur auf die untersuchten 20 Jahre, sondern auf das Peru seit der Unabhängigkeit von Spanien werfen sollten.

Vor 20 Jahren wurde dieses Geschichtswerk übergeben. Es war eine große Chance und ein Hoffnungszeichen, dass nicht nur den Opfern Gerechtigkeit widerfahre, sondern dass Peru als Nation Grundübel wie Rassismus und Ungleichheit angehen möge.

Hat Peru diese Chance genutzt, zumindest ein wenig?

Die jüngsten Auseinandersetzungen Ende 2022/Anfang 2023 im Gefolge der Absetzung von Pedro Castillo; die inzwischen 50 von Polizei und Militär getöteten Menschen, ohne dass die Mörder belangt worden sind; die rassistischen Bemerkungen über die Quechua- und Aymara – Mitbürgerinnen und -bürger, die auf einmal wieder recht unverhohlen zu hören waren; die Angst der städtischen Mittel- und Oberschicht, dass diese Mitbürgerinnen nun auch in ihre Viertel einziehen und sich für jahrhundertelange Unterdrückung durch die Weißen rächen würden. All dies lässt mich daran zweifeln, dass wir in Peru aus dem Bericht der Wahrheitskommission etwas gelernt haben.

Die Todesopfer der jüngsten Proteste ähneln sich aufs Haar dem Profil der Opfer des Bürgerkrieges: indigen, männlich, vom Land.

Und dennoch ist eines anders: die Angehörigen der Opfer kommen heute nicht mehr auf der Flucht vor Leuchtendem Pfad, Polizei und Militär in die Hauptstadt, sondern als Mitbürgerinnen und Mitbürger, die auf ihrer politischen Stimme und ihren Rechten pochen. Nur hat die jetzige peruanische Regierung – und mit ihr viele Hauptstädter der Mittel – und Oberschicht – diesen fundamentalen Unterschied nicht gemerkt und reagiert immer noch mit den jahrhundertlang eingeübten Floskeln, wenn Quechua und Aymara einen Aufstand wagten: sie würden sich gegenseitig erschießen oder seien aus dem Ausland gesteuert und Terroristen seien sie sowieso.

Auch neun Bände können ein Land nicht einfach ändern. Aber der Bericht der Wahrheitskommission ist heute aktueller denn je.

Vor 20 Jahren hat die Infostelle Peru die Arbeit der Wahrheitskommission mit Artikeln und Aktionen in der deutschen Öffentlichkeit unterstützt. Heute ziehen wir ein Fazit nach 20 Jahren mit mehreren Beiträgen in der Ausgabe dieses InfoPeru.

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru



Angehörige der erschossenen Demonstranten aus Juliaca protestieren am 19. Juli 2023 in Lima ©Hildegard Willer

2. Vom Sturm auf Lima

Im Juli fanden die Proteste von Anfang des Jahres eine Fortsetzung. Doch sie waren spärlicher besucht als erwartet.

Die dritte „Sturm auf Lima“ beginnt am Nachmittag des 19. Juli auf dem Platz Dos de Mayo in der Altstadt von Lima. Gruppen aus den Vororten malen Transparente; Parteien und Abordnungen aus allen Landesteilen schwingen ihre Fahnen. „Schließt den Kongress“, „Gerechtigkeit für unsere Toten“ und „Verfassungsgebende Versammlung“ steht auf Plakaten und Holztafeln. Tröten und Trommeln befeuern die Stimmung. Lourdes Contreras, 32 Jahre, Soziologin und Bäuerin, ist aus dem nordperuanischen Cutervo angereist. Die kleine Frau mit der Brille trägt den Strohhut der „Ronderas“, der ländlichen Bürgerwehren. Sie war bereits bei den Protesten im Dezember 2022 und Januar 2023 in Lima dabei und ist nun zur dritten Demo nach Lima gereist. Um gegen die Diktatur zu kämpfen, wie sie die Regierung von Dina Boluarte nennt.

Schon seit Tagen ist die Stimmung angespannt in der Hauptstadt. Präsidentin Boluarte warnte im Voraus die Organisatoren der Proteste: „Wollt Ihr wirklich noch mehr Tote?“ und stellte damit klar, dass, falls die Polizei gezwungen sei zu schießen, dies einzig die Schuld der Demonstranten sei.

Denn seit dem 6. Dezember 2023 ist in Peru nichts mehr, wie es war, ganz egal wie sehr Dina Boluarte Ruhe und Ordnung beschwört. An jenem Tag kündigte der linke Präsident Pedro Castillo die Schließung des oppositionellen Kongresses an. Dieser drehte das Heft um, setzte Castillo kurzerhand ab- und fest und rief seine Vize Dina Boluarte zur Präsidentin aus.

Daraufhin legten die indigen geprägten Landesteile im Süden halb Peru monatelang lahm, um den Rücktritt Boluartes und die Schließung des Kongresses zu erreichen. Die neue Präsidentin schickte Polizei und Militär, die 49 Demonstranten vom Volk der Quechua und Aymara erschossen. Einige waren zufällige Passanten oder noch minderjährig. Obwohl mehrere internationale Untersuchungskommissionen der peruanischen Polizei Gewaltexzesse und der Regierung Menschenrechtsvergehen nachwiesen, wurde bis heute niemand für diese Toten zur Verantwortung gezogen.

Im Januar dieses Jahres reisten Bäuerinnen und Händlerinnen aus Südperu unter großen finanziellen Opfern in die 1000 Kilometer entfernte Hauptstadt Lima, um die Präsidentin und den Kongress zum Rücktritt zu zwingen und Gerechtigkeit für ihre Toten zu fordern. Sie mussten mit leeren Händen wieder nach Hause fahren. Und versprochen: wir kommen im Juli wieder.

Die Voraussetzungen für massive Proteste waren gut: im Juli 2023 haben bei Meinungsumfragen 80% der Befragten Boluarte abgelehnt, 90% den Kongress. 80% wollten vorgezogene Wahlen und 51% unterstützten die Anliegen der Demonstranten. Dies trotz einer massiven öffentlichen Kampagne, die die Demonstranten als Terroristen darstellte.

Doch am 19. Juli sind dann doch weniger Demonstranten nach Lima gekommen als erwartet. „Viele sind des ewigen Spiels müde: wenn Boluarte und die Abgeordneten gehen, dann gibt es wieder Wahlen und es kommt wieder der gleiche Typ Politiker an die Macht“, kommentiert Lourdes Contreras. In Peru gibt es keine gewachsenen politischen Parteien mehr, sondern ad hoc Wahlbündnisse um aussichtsreiche Kandidaten, die ihre zukünftige Macht zu klingender Münze machen wollen. Nur eine verfassungsgebende Versammlung könnte diesen Teufelskreis aufbrechen, hofft Lourdes Contreras.

Eland Vera ist Professor für Kommunikationswissenschaften an der Universität in Puno, einer Hochburg der Proteste Anfang des Jahres im Süden Perus. 12 junge Menschen wurden dort am 9. Januar dieses Jahres von der Polizei dort erschossen. Die Menschen seien immer noch empört. Die Proteste haben den alltäglichen Rassismus in Peru aufgezeigt. Noch hat sich aus der Protestbewegung keine Partei der Quechua und Aymara-Indigenen gebildet. „Aber die Bedingungen dafür sind da“, meint Vera.

Positiv sieht Vera, dass am 19. Juli auch Vertreterinnen der liberalen linken Mittelschicht aus Lima auf die Straße gegangen sind. Hier könnte sich eine neue Allianz bilden, zwischen indigenen Bauern vom Land und linken Städtern, hofft Vera. Doch noch fehlen Führungsfiguren, die das kollektive Unbehagen kanalisieren.

Gründe fürs Unbehagen gibt es genug. Boluarte und der Kongress stützen einander in ihrer Absicht, bis 2025 im Amt zu bleiben, und schwächen dafür gezielt funktionierende Institutionen zugunsten von Partikularinteressen.

Dies hat auch der grüne Abgeordnete und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Max Lucks, bei seinem jüngsten Arbeitsbesuch in Peru festgestellt. Nicht nur die Menschenrechtslage Perus sei bedenklich, sondern auch wie [demokratische Institutionen](#) zunehmend von der Regierung kooptiert und die Gewaltenteilung untergraben werden.

Doch obwohl es Gründe genug gibt zu protestieren, blieben auch am 28. und 29. Juli viele Bürgerinnen und Bürger trotz ihres Unbehagens an der politischen Situation lieber zu Hause. Die Gründe: Angst vor der Repression der Polizei; Angst vor weiteren finanziellen Einbußen vor allem bei den Demonstranten aus Südperu, die die lange Fahrt nach Lima nicht mehr unternehmen wollten. Sicher auch mangelnde Identifikation der städtischen Bevölkerung Limas mit dem Quechua und Aymara-sprechenden Süden Perus.

Die Demonstrationen in Lima waren zwar nicht spärlich besucht; der Journalist Cesar Hildebrandt sprach von einem „würdigen“ Protest. Aber das, was man sich unter einem Sturm auf Lima vorstellt, war es eben auch nicht.

Die peruanische Regierung und der Kongress mögen dies als Sieg für sich verbuchen. Doch die Menschen im Süden Perus haben einen langen Atem. Die Trauer und die Entrüstung über die inzwischen auf 50 angestiegenen erschossenen Mitbürgerinnen und Mitbürger hält an und wird sich einen anderen Kanal suchen.

Abgeänderte und aktualisierte Fassung eines Artikels, der zuerst in der [taz](#) erschien.

Hildegard Willer

3. Fujimorismus 2.0?

Viele Kommentator*innen der politischen Krise in Peru vergleichen die derzeitige Regierung mit dem Regime von Alberto Fujimori in den 1990er Jahren und haben den Begriff „Fujimorismus 2.0“ geprägt. Im Kontext der Proteste am 19. Juli in Lima veröffentlichen wir eine Analyse von Pilar Arroyo: Welche Ähnlichkeiten, welche Unterschiede gibt es zwischen der Regierung Boluarte und dem Regime von Alberto Fujimori?

Folgende Übereinstimmungen der Regierung Fujimori und der Regierung Boluarte lassen sich beobachten:

Beide sind „Demokraturen“: Noch gibt es öffentliche Räume der Diskussion und der Bürgerbeteiligung, in denen der politische Austausch bisher überlebt hat, auch wenn Organisationen der Zivilgesellschaft, Einzelpersonen, Medien, Parteien, Kirchen und Universitäten in ihrer Tätigkeit stark eingeschränkt sind. Es besteht also eine Art Übergangsregime, das als „Demokratur“ bezeichnet werden kann.

Wenn dieser öffentliche Raum für den politischen Diskurs nicht mehr existiert, dann ist es eine Diktatur. Diesen Raum, der uns noch von der offenen Diktatur unterscheidet, gilt es mit aller Kraft zu verteidigen, um zu einer echten Demokratie zurückzukehren.

Das neoliberale Wirtschaftsmodell: Die Organisation der peruanischen Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich als „maximaler Markt“ mit „minimalem Staat“ zusammenfassen. Mit anderen Worten: Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung für die Grundversorgung der Bevölkerung und für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens, hauptsächlich durch Steuern, zurück. Alberto Fujimori führte das neoliberale Modell in den 1990er Jahren ein. Es bestimmt bis heute die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Ordnung. Mehr als 30 Jahre später ist dieses Modell sozial und politisch überholt, aber die Regierungskoalition hält daran fest.

Die Verteidigung der Verfassung von 1993: In der Verteidigung der „Fujimori-Verfassung“ geht die derzeitige Regierungskoalition so weit, dass sie diejenigen, die eine Verfassungsänderung fordern, als Terrorist*innen bezeichnet. Staatsanwaltschaft und Justiz haben am 15. Februar in Ayacucho sieben Personen in Untersuchungshaft genommen und sie des Verbrechens des Terrorismus beschuldigt, weil sie eine verfassungsgebende Versammlung gefordert hatten.

Die Zerstörung der Institutionen des Landes: Alberto Fujimori hat die Autonomie des Verfassungsgerichts, der Justiz und anderer Institutionen abgeschafft, und damit auch das für eine Demokratie notwendige Gleichgewicht und die gegenseitige Kontrolle der staatlichen Gewalten. Die autoritäre und konservative Koalition, die heute an der Macht ist, tut genau das Gleiche. Sie hat einen Ombudsmann (*Defensor del Pueblo*) und Verfassungsrichter ernannt, die ihnen hörig sind und eindeutig verfassungswidrige Gesetze verabschieden. Und sie hat die Regeln für die Staatsanwälte geändert, um sie kontrollieren zu können. Darüber hinaus ist die Koalition bemüht, die Kontrolle über die Nationale Justizbehörde (JNJ) und die verfassungsmäßig autonomen Wahlorgane zu erlangen.

Kampf gegen den Terrorismus zur Konsolidierung der Macht: Alberto Fujimori versuchte mit voller Unterstützung der von ihm kontrollierten Medien, denen er für ihre „Loyalität“ hohe Summen zahlte, jedes Anzeichen von sozialer und politischer Opposition als Terrorismus zu diffamieren. (Dieses Vorgehen wird in Peru „*terruqueo*“ genannt, Anm. d.Ü.)

Die aktuelle Regierung argumentiert genauso. Alle Berichte über die Morde durch Armee und Polizei während der Proteste im Dezember 2022 und Januar 2023 stellen fest, dass die Regierung mit diesem Argument der Bevölkerung das Recht auf Protest abgesprochen hat. Und in allen

Berichten wird der *terruqueo* durch die Behörden verurteilt und mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass keine Beweise dafür gefunden wurden, dass die Bürger*innen, die ihr legitimes Recht auf Protest wahrgenommen haben, Terrorist*innen sind oder Schusswaffen benutzt haben, wie von verschiedenen Mitgliedern der Regierungskoalition wiederholt behauptet wurde.



Systematische Menschenrechtsverletzungen: Beide Regierungen haben schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und daher nicht verjähren und jederzeit strafrechtlich verfolgt werden können. Beide Regierungen bringen mit ihrem Verhalten eine tiefe Verachtung der indigenen Bevölkerung zum Ausdruck. Alberto Fujimori sitzt dafür eine Haftstrafe ab. Viele glauben, dass es den Regierungsmitgliedern aufgrund ihres Verhaltens genauso ergehen wird. Fast alle Berichte internationaler Organisationen – Vereinte Nationen, Human Rights Watch, Interamerikanische Menschenrechtskommission, Amnesty International – stellten Menschenrechtsverletzungen durch den Staat fest.

Sie werden von diversen Machtgruppen unterstützt: Alberto Fujimori verfügte nicht nur über die geballte politische Macht, sondern auch über den Rückhalt der Streitkräfte (militärische Macht), die er durch eklatante Eingriffe wie Beförderungen und Vergünstigungen aller Art zu unterwerfen wusste. Er hatte auch die Unterstützung der Mehrheit der Medien und des konservativen Teils der katholischen Kirche, vertreten durch Kardinal Cipriani und die damals zahlreichen Bischöfe des Opus Dei (ideologische Macht). Auch die in- und ausländischen Unternehmen und die internationalen Finanzorganisationen (wirtschaftliche Macht) waren mit der Umsetzung des liberalen Modells sehr einverstanden und gaben Fujimori ihre volle Unterstützung.

Die Regierung Boluarte hat die Unterstützung der politischen Macht durch ihr Interessenbündnis mit dem Kongress (dominiert von der extremen Rechten und der extremen Linken, die pragmatisch zusammenarbeiten), mit dem Verfassungsgericht, der Staatsanwaltschaft und einem großen Teil der Richterschaft. Den Rückhalt der Streitkräfte und der Nationalen Polizei sichert sie sich durch die Gewährung von Vergünstigungen. Die Wochenzeitschrift *Hildebrandt en sus 13* hat bekannt gemacht, dass diese Regierung die größten Waffenkäufe seit 40 Jahre genehmigt hat. Zudem ist die gesamte konzentrierte Presse Teil dieser Regierungskoalition. Doch im Gegensatz zu den Machtgruppen, die Alberto Fujimori unterstützten, handelt es sich heute um "eine diffuse Koalition, die eher implizit und stillschweigend als in Pakten formalisiert ist (...) Es ist eine Koalition, die bereit ist, alles für den persönlichen Vorteil zu tun", so der Politologe Alberto Vergara.

Folgende Unterschiede sind zwischen den beiden Regierungen auszumachen:

Der erste große Unterschied zwischen der Regierung von Alberto Fujimori und der von Dina Boluarte ist die Stärke der ersteren und die Instabilität der letzteren. Dazu kommen:

Die Art der Führung: Alberto Fujimori hat mit Hilfe von Vladimiro Montesinos in den 1990er Jahren das Regierungsbündnis auf hegemoniale Art und Weise geführt. Im Gegensatz dazu ist die Führung von Dina Boluarte äußerst labil und wird von anderen Mitgliedern der Koalition ständig in Frage gestellt. Sie hat die Unterstützung, solange sie für die verschiedenen Interessen der autoritären, konservativen und mafiösen Koalition nützlich ist. War bei Alberto Fujimori die Regierung die Machtzentrale, so spielt bei Boluarte der Kongress diese Rolle.

Rückhalt in der Bevölkerung: Während des größten Teils seiner Amtszeit genoss Alberto Fujimori große Zustimmung in der öffentlichen Meinung. Die Gründe dafür sind bekannt: Seine Kontrolle über die Medien in einer Zeit, als es noch nicht so viele alternative Medien gab wie heute dank des Internets. So konnte er die Festnahme von Abimael Guzmán, dem Anführer der von Sendero Luminoso, und von Víctor Polay, dem Anführer der MRTA, für sich nutzen. Er profitierte auch von der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nach der katastrophalen ersten Regierung von Alan García. So konnte er landesweit viele Projekte umsetzen. Alberto Fujimori gelang es zudem, diese Unterstützung der Bevölkerung in die verschiedenen von ihm gegründeten politischen Parteien zu kanalisieren. Eine von ihnen ist unter der Führung seiner Tochter Keiko Fujimori zur stärksten Partei des Landes geworden.

Dass dies bei Dina Boluarte ganz anders ist, belegen eindrücklich die Zahlen der Umfragen des Instituto de Estudios Peruanos (IEP): Die Zustimmung der Bevölkerung zur Präsidentin liegt bei 12 %. 80 % fordern vorgezogene Wahlen. 81 % sind der Meinung, dass es während der Proteste zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. 71 % sagen, dass die Ordnungskräfte bei der Kontrolle der Proteste übertrieben haben. Mehr als 70 % sind der Meinung, dass ihre Grundrechte, das Recht auf Protest und das Recht auf freie Meinungsäußerung, im Land nicht geschützt sind.

Der internationale Kontext: Während der Regierung von Alberto Fujimori wurde von der internationalen Gemeinschaft, insbesondere von der Europäischen Union, starker Druck in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte ausgeübt, da ein gewisser progressiver internationaler Konsens herrschte. Aus diesem Grund sah sich Alberto Fujimori nach dem Staatsstreich vom 5. April 1992 gezwungen, die Einberufung eines Demokratischen Verfassungskongresses (CCD) anzubieten, um eine neue Verfassung zu verabschieden und zu einer demokratischen Herrschaft zurückzukehren.

Heute ist der internationale Kontext durch den Vormarsch rechtsextremer Positionen gekennzeichnet. Und die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Europäische Union, ist mehr mit den Folgen des russisch-ukrainischen Krieges, der hohen Inflation weltweit und dem neuen "Kalten Krieg" zwischen den Vereinigten Staaten und China beschäftigt. Deshalb konnte sich die derzeitige Regierung trotz ihres schlechten internationalen Images bisher dem internationalen Druck entziehen.

Die Opposition: Die Regierung von Alberto Fujimori sah sich dem Widerstand sowohl von politischen Parteien als auch wichtiger Teile der Zivilgesellschaft gegenüber, die ihrer antidemokratischen Haltung gewisse Grenzen setzten und ihren Handlungsspielraum einschränkten. Im Gegensatz dazu hat die derzeitige Regierungskoalition völlig freie Bahn, ihre Ziele umzusetzen. Einerseits decken sich die Interessen fast aller im Kongress vertretenen politischen Gruppierungen (von Parteien zu sprechen wäre ein Sprachmissbrauch) der extremen Rechten (Fuerza Popular, Renovación Popular, Avanza País) und der extremen Linken (Perú Libre und der verschiedenen Gruppen, in die sie sich aufgespalten hat: Bloque Magisterial usw.) mit den Interessen der Regierung. Auf der anderen Seite finden wir ein zersplittertes politisches Zentrum und eine völlig zersplitterte Zivilgesellschaft vor, die kaum in der Lage ist, konzertiert zu reagieren. Dies mag auf das völlige Fehlen einer Führung zurückzuführen sein, die über ausreichend ethische Autorität verfügt, um Vertrauen zu schaffen. Es mag auch daran liegen, dass es keinen neuen Diskurs gibt, der alternative Wege aufzeigt, die politischen und sozialen Forderungen der Bevölkerung aufgreift, die Hoffnung wiederbelebt und eine breite Mehrheit mobilisieren könnte, die mit der Art und Weise, wie die Regierungskoalition das Land in den Abgrund führt, nicht einverstanden ist.

Es bedarf eines ernsthaften Versuchs der demokratischen Sektoren, sich zu artikulieren, zu lernen, zusammenzuarbeiten und die Nebensächlichkeiten und Differenzen beiseite zu lassen, die uns daran hindern, eine Opposition zu schaffen, die in der Lage ist, landesweit zu reagieren. Dazu müssen wir unsere Engstirnigkeit ablegen, das Wesentliche vom Nebensächlichen unterscheiden können und das Gemeinwohl in den Vordergrund stellen.

Pilar Arroyo in IBC-Coyuntura Juni 2023

Gekürzte Übersetzung: Annette Brox

4. Diese Demokratie ist keine Demokratie mehr

Zum Gedenken an das historische Datum des Streiks von 1977, der die Militärregierung dazu zwang, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, haben 25 Jahre später die verschiedenen Vertreter*innen der peruanischen Regionen, der Bauernverbände, der Verteidigungsfronten, der Gewerkschaften, der Studierenden, der informellen Arbeiter – des städtischen und ländlichen Prekariats – aber vor allem die Angehörigen derjenigen, die in den Monaten Dezember, Januar und Februar von der Polizei und der Armee getötet wurden, zu einer großen nationalen Mobilisierung in Peru am 19. Juli 2023 aufgerufen.

Von der Collao-Hochebene im Süden bis zu den Anden von Cajamarca im Norden, von den Arbeitervierteln Limas bis zum zentralen Regenwald in Pichanaki nimmt eine Bewegung namens "Die dritte Übernahme Limas" Gestalt an, die von den staatlichen Institutionen, insbesondere die Präsidentschaft der Republik und dem Kongress, mit Sorge betrachtet wird.

Auf Anweisung des Innenministers führt die Nationalpolizei in den Außenbezirken von Lima Kontrollen durch, bei denen Menschen, die in die Hauptstadt fahren, nach ihren Papieren gefragt, ihre Stimmen aufgenommen und Fotos von ihnen gemacht werden. Das hat es noch nie gegeben und ist verfassungswidrig. Ein schwerwiegender Eingriff. Zudem wurden gestern auf der Av. de la Peruanidad (Parque Campo de Marte) Hunderte von Polizeimotorrädern und viele junge Polizeischüler gesehen, die als "Ternas" für die Infiltration der Demonstrationen ausgebildet wurden. In vielen Straßen marschieren ganze Bataillone auf, einschließlich gepanzerter Fahrzeuge. Lima rüstet auf, als erwarte die Stadt eine Invasion von Fremden. Dies sind natürlich Mittel zur Einschüchterung der Mobilisierten. Wenn auch, nach den 49 Tötungen durch Schusswaffen in den letzten Monaten, garantierte Straffreiheit für Polizei und Armee das beste Mittel zur Einschüchterung ist.

Dein Name ist Strafflosigkeit

Strafflosigkeit: Das ist die Formel, mit der die Präsidenten der Republik seit Jahren soziale Konflikte bekämpfen. Doch in diesem Fall hat sie ein extremes Ausmaß erreicht. Denn es gibt keine ernsthafte staatsanwaltschaftliche Untersuchung des Massakers in Ayacucho (sechs Tote durch Kugeln aus dem Galil-Gewehr) oder der außergerichtlichen Hinrichtungen in Juliaca (siebzehn Tote durch AKM, Galil und Bleischrot), oder derjenigen, die in Andahuaylas, Virú, im zentralen Dschungel oder durch Tränengasbomben, die ihnen im Zentrum Limas an den Kopf geworfen wurden oder mit Kugeln in den Rücken aus 600 Meter Entfernung getötet wurden. Präsidentin Dina Boluarte wurde von der Generalstaatsanwältin Patricia Benavides interviewt, als würden sie im Buckingham Palace Tee trinken und nicht wegen Völkermordes angeklagt werden. Die Präsidentin, mit ihren französisch manikürten Händen, an denen Blut klebt, alles abgestritten: Ich habe nichts gewusst, ich bin kein Kommandeur, ich hatte keine Informationen, ich habe keine

Entscheidungen getroffen. Aber der Chef des Oberkommandos der Streitkräfte, der zunächst leugnete, im Regierungspalast gewesen zu sein, konnte mit der Lüge nicht mehr weiterfahren, als die Staatsanwälte ihm das Besuchsregister zeigten. Da beschloss er, Boluarte direkt zu beschuldigen: Sie wusste es, sie ist die Oberkommandierende der Streitkräfte, sie war stündlich über die Geschehnisse in ganz Peru informiert.

Doch trotz der erschütternden Berichte von Human Rights Watch, der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH) oder Amnesty International, die statistische Tabellen enthalten, die das rassistische Gemetzel in den indigenen Gebieten belegen, lassen sich die menschenverachtenden Staatsbeamten nicht einmal beirren. Dies gilt auch für den (politisch korrekten) Bericht der IACHR, der, so seltsam es auch klingen mag, die Ereignisse in Ayacucho als Massaker bezeichnet, nicht aber das Massaker in Juliaca. Alberto Otárola, der Ministerpräsident, hat die Berichte zunächst disqualifiziert, als ob sie nicht objektiv wären. Und wir anderen, die wir die Daten sammelten, wurden als Übertreiber, Störenfriede des sozialen Friedens oder gar als Terroristen behandelt.

Als die "terroristische" The New York Times über die Menschenrechtsverletzungen mit einer Reihe von Videos berichtete, die von Bürgern in der Nähe gesammelt und mit ihren Mobiltelefonen aufgenommen worden waren, und zwar in tadelloser Darstellung, die zeigte, wer und wie die Schüsse direkt auf die Körper der Menschen abgefeuert wurden, sagte eine peruanische Journalistin, die jetzt nach rechts recycelt wurde und kürzlich einen Preis an ihrer Heimatuniversität in New York erhielt, in der Schlagzeile der (nie parteiischen) Zeitung El Comercio: "Das sind parteiische Berichte".

Aber als The Economist ebenfalls berichtete, dass Peru nicht mehr eine "fehlerhafte Demokratie", sondern ein "hybrides Regime" sei, beauftragte das peruanische Außenministerium die US-Agentur Patriot Strategies, für 55.000 Dollar im Monat in Washington das Desaster zu "säubern". Den Angehörigen der Opfer werden 50.000 Soles für jeden Ermordeten gezahlt: Das Leben eines Arztes aus Juliaca, eines jungen Fußballers aus Andahuaylas, eines jungen Freiwilligen in einem Tierheim in Puno ist 50.000 Soles wert. Die Monetarisierung von allem ist der harte Kern dieses grausamen Kapitalismus, der die Peruaner zu absolutem Misstrauen und ungeheuren Unmenschlichkeit führt.

Gemeinsam, aber nicht durcheinander

Im Gegensatz zu den ersten Mobilisierungen nach dem Sturz des Präsidenten Pedro Castillo wurde dieser Aufruf des Nationalen Einheitskomitees des Kampfes für Peru – CONULP (Comité Nacional Unificado de Lucha por el Perú) – geplant, organisiert, mit der Basis konsultiert und vor allem debattiert. Am 1. und 2. Juli wurde auf einer Versammlung mit 580 Delegierten im populären Distrikt Puente Piedra eine Konsensagenda beschlossen, die unter anderem den Rücktritt von

Dina Boluarte, die Schließung des Kongresses und die Konsultation über eine verfassungsgebende Versammlung vorsieht. Zu einigen Punkten wurde kein Konsens erreicht. Der Forderung nach Wiedereinsetzung des Präsidenten Castillo, die in einer heftigen Debatte von einer Gruppe von 40 überzeugten Anhänger*innen des ehemaligen Präsidenten Castillo erhoben wurde, stimmte die CONULP-Versammlung nicht zu. Ein großer Teil, darunter auch die Delegierten aus Cusco, war völlig anderer Meinung und forderte, die Forderung nach schnellstmöglicher Durchführung von Neuwahlen einzufügen. Aber auch dieser Punkt wurde nicht in die Tagesordnung aufgenommen, obwohl es sich zudem um eine Forderung von mehreren Institutionen unterschiedlichen Profils aus Lima als auch der so genannten Bürgerkoalition und der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos handelt. Zwischen den Zeilen war zu lesen, dass bei dem Treffen in Puente Piedra so eine Art Pakt vereinbart wurde: "Wir werden nicht auf das Thema der vorgezogenen Wahlen bestehen, wenn ihr nicht auf eine Wiedereinsetzung besteht". Alle waren sich einig, dass diese Punkte weiter "an der Basis" diskutiert werden sollten.

Um die Wahrheit zu sagen: Die Leute werden mit ihren eigenen Agenden auf die Straße gehen.

In den letzten sieben Jahren haben wir Peruaner*innen die Zerstörung der Parteipolitik, die Verwandlung des Kongresses in eine wilde Lobbymesse, den Rückgang des Vertrauens in den sozialen Zusammenhalt, des Respekts vor der nationalen Polizei und andererseits den Anstieg der Korruption als Staatsräson miterlebt.

Wir sind es leid: Die Pandemie hat geliebte Menschen getötet, die uns inspiriert haben. Der Lockdown löste die Schminke des BIP-Wachstums der letzten zwanzig Jahre: Wir hatten nicht einmal 100 Betten auf Intensivstationen im ganzen Land mit 33 Millionen Einwohner*innen. Und schließlich erlebten wir den entropischen Sturz eines Regimes, das mehr schlecht als recht die Stimmen der einfachen Menschen, der Bauerwachen, der Landbevölkerung und der Hoffnungen symbolisierte.

Das nennt man, wie der peruanische Rockmusiker und Poet Daniel F. zu sagen pflegte, die Tötung der Illusion.

Aber trotzdem stehen wir hier mit zum Himmel erhobenen Armen und Fäusten.

Der Beitrag erschien zuerst bei <https://desinformemonos.org/esta-democracia-ya-no-es-democracia/>

Rocio Silva Santisteban. Übersetzung: Andreas Baumgart



Wasser ist und wird dieses Jahr ein grosses Thema sein in Peru. El Niño wird entweder zuviel oder zuwenig Regen bringen. ©Hildegard Willer

5. Kurz gemeldet – August 2023

Kurznachrichten: Ein Staudamm, der nicht gebaut wird; ein Christkind, das Angst macht und vieles mehr.....

Staudamm bei Cajamarca wird nicht gebaut

Im Jahr 2014, in der Regierungszeit von Präsident Humala, erhielt die Firma AC Energía SA den Zuschlag zum Bau des [Staudamms Chadín II](#) im großen Amazonaszustrom Marañón in der Region Cajamarca, Provinz Celendín. Die Sorge und Kritik der betroffenen Bevölkerung: Das Megaprojekt mit einer geplanten Staumauer von 175 Metern würde etwa 1000 Menschen vertreiben und 12.000 Hektar Regenwald überschwemmen und zerstören. In Celendín gründete sich eine Bürgerinitiative, die Unterstützung von der Menschenrechtsorganisation IDL in Lima, von Earth Right International, dem Earth Law Center und dem Internationalen Rivers Y Great Lakes Env. Law Center sowie der Internationalen Allianz für Umweltrechte (ELAW) erhielt. Diese zeigte alle Fehler und Schwächen der Umweltverträglichkeitsstudie auf. Mit Unterstützung der oben genannten Organisationen ging es 2018 vor Gericht. Die faktenbasierte Aufdeckung falscher Angaben über die angeblich nachhaltige Stromproduktion war dann so gravierend, dass das Gericht in Celendín am 23.6.23 die Baugenehmigung aufhob. Nachsatz: Interessant auch für andere Vorhaben ist der Ansatz der klagenden Organisationen. Sie argumentierten, der Fluss

Marañón sei ein schützenswertes Subjekt mit Rechten. Zu diesen Rechten gehöre, dass er so in seinem Flussbett fließen kann, wie es für ein gesundes Ökosystem nötig ist. Um dieses zu erreichen, muss er frei von schädlichen Stoffen und Giften sein. All das leitet sich aus dem Ansatz der *Rechte der Natur* her sowie der Menschenrechte auf eine gesunde Umwelt, auf eine gesicherte Ernährung und einer echten politischen Teilnahme. Und es gilt besonders für die indigene Bevölkerung. Dieses Beispiel zeigt auf, wie gut und wichtig eine solidarische internationale Unterstützung sein kann.

Militarisierung der Polizei?

Die peruanische Regierung will eine [neue Polizeieinheit](#) schaffen. Junge Menschen, die ihren freiwilligen Militärdienst beendet haben, sollen nach einer nur halbjährigen Ausbildung in die neue Einheit aufgenommen werden. Sie würden nur Aufgaben der Prävention von Verbrechen wie Raub, Diebstahl und Vandalismus übernehmen, versichert Innenminister Vicente Romero. Gegen die Pläne hagelt es Kritik von allen Seiten. So sagte der ehemalige Vizeminister für öffentliche Sicherheit, Ricardo Valdés, die Regierung versuche, eine Art kommunale Bürgerwehr zu schaffen, die mit Waffen, Streifenwagen und Motorrädern ausgestattet sei und die Befugnis habe, mutmaßliche Verbrecher zu verfolgen und gegebenenfalls zu töten. César Bazán, Rechtsanwalt und Mitglied der Infostelle Peru, hält die Pläne für irreführend. Die Regierung gebe vor, die Polizei personell besser auszustatten, aber „auf Kosten der Qualität und der Professionalität“.

Urteil: Baugerüsts am Sheraton Hotels in Cusco muss abgerissen werden

In einem lang erwarteten Urteil hat das [Verfassungsgericht](#) den Abriss des Baugerüsts am Sheraton-Hotel in Cusco und die Wiederherstellung der durch die Bauarbeiten beschädigten bzw. zerstörten Inka-Ruinen durch die Immobiliengesellschaft R&G, die für den Bau des Hotels verantwortlich war, angeordnet. Dies hat die Juristenkommission von Cusco am 28. Juni bekannt gegeben. Das Urteil geht auf eine Klage zurück, die 2016 von der *Kommission der Juristen gegen Korruption und für soziale Absicherung von Cusco* eingereicht wurde. Auch in den vergangenen Jahren hatten [verschiedene Instanzen der Justiz](#) den Abriss gefordert, denn der Bau des Hotels stellt eine immense Bedrohung für das wertvolle kulturelle Erbe der Stadt dar: Tika Luizar, ein führendes Mitglied der Kommission, erinnerte daran, dass dieses umstrittene Bauwerk nur zwei Häuserblocks von der „Plaza de Cusco“ entfernt liegt. Luizar wies darauf hin, dass sich an diesem Ort fünf Reihen von Inka-Terrassen von großer Ausdehnung befanden, die Teil der Fundamente der berühmten Inka-Ruinen Sacsaywaman sind. Das Urteil ist eine symbolische Anerkennung der Tatsache, dass der Staat das kulturelle Erbe der Region nicht angemessen geschützt hat.

Cusco hat bald kein Trinkwasser mehr

Dass in den Armenvierteln Limas oder in weiteren Küstenstädten Wassermangel herrscht, ist bekannt. Dass es jetzt die Andenstadt Cusco treffen wird, ist ungewohnt. Das Wasseramt von Cusco sagt voraus, dass in drei Monaten die Hälfte der Bevölkerung ohne Trinkwasserversorgung sein könnte. Die Behörde fordert deshalb von der Regierung, auch für Cusco den [Notstand](#) auszurufen. Die Ursache für diesen Notstand: Es fehlt der Regen, und der See Piuray, der Cusco mit Trinkwasser versorgt, sowie die Wasserzuleitung Vilcanato haben zu wenig Wasser. Besonders betroffen wird das historische Zentrum von Cusco sein. Eine neue Erfahrung für Tourist*innen. Expert*innen machen den Klimawandel und das Klimaphänomen El Niño dafür verantwortlich. Ob die geforderten Millionen für Infrastrukturmaßnahmen mehr Wasser bringen, ist anzuzweifeln.

Erste Auslandsreise der Präsidentin: Amazonasgipfel in Brasilien

Anfang August fand das 4. Treffen der acht Amazonas-Anrainerstaaten in Belém in Brasilien statt. Auch Perus Präsidentin Dina Boluarte nahm an den Treffen teil. Es war ihre erste Auslandsreise im Amt. Seit 14 Jahren hatten sich die Mitgliedsstaaten der Organisation des Kooperationsabkommens Amazonien ([OTCA](#)) nicht mehr getroffen. Nun hatte Präsident Lula da Silva nach Brasilien eingeladen, um eine gemeinsame Agenda für die Zusammenarbeit und den Schutz des Regenwaldes aufzustellen. Die Länder wollten sich auch auf eine einheitliche Position zum Schutz des Regenwalds einigen, die auf dem nächsten Weltklimagipfel (COP28) im November in den Vereinigten Arabischen Emiraten vorgestellt werden soll. Dass sich die Regierungschef nach so langer Zeit wieder getroffen und über den Schutz des größten Regenwalds beraten haben, ist ein wichtiger Fortschritt. Doch das [Ergebnis](#) des Gipfels ist ermüthend: In der Schlusserklärung fehlt eine gemeinsame Verpflichtung zum Abholzungsstopp. Die Festsetzung konkreter Ziele bleibt den einzelnen Staaten überlassen. Auch gab es keine Einigung auf ein Zurückfahren der Förderung von Kohle, Gas und Öl, wie es Kolumbiens Präsident Gustavo Petro gefordert hatte. Aus der Zivilgesellschaft hatte es bereits im Vorfeld Kritik am Amazonasgipfel gegeben. Tausende Vertreter*innen indigener Gemeinden und Aktivist*innen hatten sich in Belém getroffen und eine Beteiligung indigener Vertreter*innen an dem Spitzentreffen gefordert.

Was wissen und denken die Peruaner*innen über die indigenen Völker?

Nur 34 % der Peruaner*innen wissen, dass es in ihrem Land über 50 indigene Völker gibt. Das ergab eine [Studie](#), mit der die NGO CooperAcción und die Menschenrechtsorganisation Coordinadora Nacional de Derechos Humanos (CNDDHH) zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut IEP das Wissen und Meinung der peruanischen Bevölkerung über die

indigenen Völker untersucht hat. Ein Viertel der Befragten gab an, nicht zu wissen, wie viele indigene Völker es in Peru gibt. Fast 70 % der Befragten sind der Meinung, dass indigene Völker die natürlichen Ressourcen bewahren und ihre Kulturen einen Beitrag für die Zukunft aller leisten. Eine Minderheit von 23 % beurteilt die Denk- und Lebensweisen der Indigenen als rückständig. Unter den jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) vertreten 30 % diese Auffassung. 34 % der Befragten sind der Meinung, dass der peruanische Staat den Erhalt von Sprachen und Traditionen fördert. 26 % finden, dass die staatliche Politik eher zum Verschwinden der indigenen Kulturen beiträgt. Und 72 % der Befragten sehen einen Zusammenhang zwischen der aktuellen politischen Krise und dem Rassismus und der Diskriminierung gegenüber der indigenen Bevölkerung.

Untersuchungskommission zur sexuellen Gewalt eingesetzt: Ende von Sodalicio in Sicht?

Seit Jahren gibt es massive Vorwürfe gegen die rechtskatholische peruanische Organisation Sodalicio wegen sexuellen Missbrauchs und mafiöser Strukturen. (Wir berichteten seit 2015 immer wieder im InfoPeru). Betroffene und Kenner der korrupten Strukturen drängen seit vielen Jahren den Vatikan, die Vorfälle genau zu untersuchen und dann Konsequenzen zu ziehen. Am 25. Juli 2023 nahm nun eine [Untersuchungskommission](#) des Vatikans endlich ihre Arbeit auf. Die Befragungen und Sichtung der Beweise werden in der päpstlichen Nuntiatur in Lima durchgeführt. Geleitet wird die Kommission von Erzbischof Charles Scicluna (Malta) und Jordi Bertomeu (Vatikan). Beide sind Vertraute von Papst Franziskus. Sie untersuchten zum Beispiel sexuelle Übergriffe in Chile oder Mexiko. Danach boten 30 Bischöfe in Chile ihren Rücktritt an, unter anderem auch Erzbischof Ricardo Ezzati. Der Untersuchungsbericht wird dem Papst vorgelegt, der letztendlich die Entscheidung über Konsequenzen treffen muss. Anmerkung: Was in Chile oder Mexiko als Reaktion auf sexuelle Übergriffe in der katholischen Kirche möglich war, sollte für Köln und anderswo auch möglich sein.

Regenwaldzerstörung mit der Bibel

Rund 250 [mennonitische Familien](#) gehören zum fundamentalistischen, konservativen Flügel und zählen sich zum auserwählten Volk. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben diese Mennoniten in Loreto über 4.800 Hektar Wald zerstört. Sie erkennen keine weltlichen Gesetze an, die der Bibel nicht entsprechen, und halten sich weder an die staatliche Schulpflicht noch an die Pflicht, Steuern zu zahlen. Damit agieren und leben sie im Gegensatz zum progressiven Teil der Mennoniten, die zu den evangelischen Freikirchen gehören, die die Menschenrechte, die Natur und die Rechte der Kinder verteidigen und schützen. Das zerstörerische Vorgehen der fundamentalistischen Familien erzeugt soziale Konflikte mit den dortigen Bewohner*innen. Diese fordern von den zuständigen Behörden, die weitere Zerstörung des Regenwaldes, speziell für die Produktion von Futtermais für die Fleischindustrie, zu unterbinden.

Coca-Anbaufläche weiter gestiegen

Die [Anbaufläche für Coca](#) ist in Peru von 40.000 Hektar im Jahr 2016 auf aktuell 100.000 Hektar gestiegen, so Premierminister Alberto Otárola. In ihrer Rede zum Nationalfeiertag hatte Präsidentin Dina Boluarte den Kampf gegen Drogenhandel als ein zentrales Thema der Regierung angekündigt. Innenminister Vicente Romero berichtete, dass seit Beginn seiner Amtszeit Mitte Januar bereits mehr als 11.000 Hektar illegale Anbaufläche durch die Polizei ausgerissen worden seien. 31 heimliche Landepisten der Drogenmafia seien zerstört worden. Außerdem erhielten die betroffenen indigenen Gemeinden Unterstützung. Der frühere Leiter der Antidrogenbehörde DEVIDA unter Präsident Castillo, Ricardo Soberón, hatte in einem [Interview](#) die Ausrottungspolitik für gescheitert erklärt und als falschen Weg bezeichnet.

Polizeieinsatz gegen illegalen Goldabbau: Material im Wert von fünf Mio. Euro zerstört

Im südlichen Regenwald Perus, genauer im Schutzgebiet Tambopata in Madre de Dios, wird mit schwerem Gerät illegal Gold gewonnen. Bekannt ist, dass damit Flüsse und Regenwald vergiftet und zerstört werden. Zu wenig bekannt ist, mit welchen technischen Großgeräten und Materialien das Gold gewonnen wird. Da hilft die Aufzählung der Geräte, die bei einem [Polizeieinsatz](#) dort zerstört oder einkassiert wurden. An diesem eher kurzen Flussabschnitt wurden konfisziert: Acht große Flussbagger, acht große Goldpfannen, acht Synchronmotoren, 12 einfache Zelte, 200 Meter Draht, 510 Meter PVC-Rohre, 45 Meter Eisenrohre, 1.500 Meter Nylonschnüre, 1.200 Liter Diesel, 190 Meter Elektrokabel, 10 Kanister Motoröl, acht Kanister mit Quecksilber, acht Behälter zum Erhitzen von Metall, viele Sägen, Hämmer, Dutzende Luftfilter sowie 30 Paar Gummistiefel. Deshalb nimmt man an, dass dort etwa 30 Männer tätig waren. Zwei der Goldgräber wurden verhaftet. Sie wurden gesucht, weil sie Frauen zur Prostitution gezwungen haben und im Drogenrausch Auto gefahren sind. Der Wert der beschlagnahmten Geräte und der Materialien betrug rund fünf Mio. Euro.

Peru liefert zwischen 17 und 29 Prozent der nach Deutschland importierten Kupfererze

Beim Import von Kupfererzen und Kupferkonzentraten hat Peru in den vergangenen Jahren eine Rolle gespielt, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum peruanischen Kupferbergbau. Es handele sich dabei um Produkte ganz am Anfang der Wertschöpfungskette. Der Anteil peruanischer Erze und Konzentrate an den deutschen Gesamtimporten in den Jahren 2013 bis 2022 rangiere zwischen 17 und etwas über 29 Prozent. Damit nahm das Land Plätze zwischen eins und vier auf der Rangliste der Erz- und Konzentratlieferanten ein. Die Anteile peruanischer Lieferungen für Kupfermetall (Kathode), die Hauptverbrauchsspezifikation der Kupferbranche in Deutschland, schwanken nach Angaben der Bundesregierung zwischen 0 und 0,3 Prozent. Auf die Frage der Abgeordneten nach Problemen

beim Schutz von Menschenrechten und Umwelt in peruanischen Minen antwortet die Bundesregierung, dass ihr Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschutzprobleme im Umfeld der nach Deutschland exportierenden Minen nicht bekannt seien. *Quelle: heute im bundestag Nr. 500*

El Niño kündigt sich an

Auf das Christkind – so heisst das Klimphänomen „El Niño“, weil es meist um Weihnachten herum eintritt – freut sich dieses Jahr in Peru niemand so recht. Über dem Pazifik deuten alle Anzeichen auf [einen starken globalen Niño](#) hin. Der wird sich in der 2. Hälfte 2023 und in der ersten Hälfte 2024 in Peru in zweifacher Hinsicht äußern: im Norden des Landes wird es vermehrt regnen und zu großen Überschwemmungen kommen; im Süden des Landes dagegen wird der Regen ausbleiben. Das Niño-Phänomen wird die bereits bestehende Dürre in Südperu und die durch den Zyklon „Yaku“ in Nordperu entstandenen Schäden verstärken. Während die Überschwemmungen große Schäden an Infrastruktur hervorrufen, führt die Dürre zu Ernteaussfällen, steigenden Lebensmittelpreisen und knappem Trinkwasser. Das Klima-Phänomen „El Niño“ tritt alle 5 – 7 Jahre auf. In der für dieses Jahr vorhergesagten Stärke aber kommt er bisher rund alle 25 Jahre vor. In Peru war der letzte extrem starke Niño im Jahr 1997/98. Die Forschung weiß noch nicht, wie der menschengemachte Klimawandel das seit langem bekannte Klimaphänomen „El Niño“ beeinflusst. Einige Forschende meinen, durch den Klimawandel würde El Niño häufiger auftreten.

Mord an Asháninka-Führer: Verdächtiger in Präventivhaft

Am 10. April 2023 wurde der Ashaninka-Führer Santiago Contoricon Antunez in seiner Gemeinde am Rio Tambo (Junin) ermordet. Ende Juni wurde nun ein Verdächtiger verhaftet und zu 9 Monaten Untersuchungshaft vorläufig verurteilt. [Ronald Pozo Huaman](#) soll einer Drogenbande angehören und das Motorrad gefahren haben, von dem die tödlichen Schüsse auf Contoricon Antunez abgegeben worden waren. Der Ashaninka-Führer Contoricon hatte der Polizei zuvor Hinweise gegeben, die zur Beschlagnahme von 200 Kg Kokain geführt hatten. Die Ermordung soll ein Racheakt der Drogenmafia gewesen sein. Die Drogenmafia – und damit auch die Waldrodung für Kokaanbau – greift im Amazonasgebiet immer mehr um sich und operiert [laut neuesten Medienberichten mit Gangs aus Brasilien \(in Ucayali\) oder Kolumbien \(Loreto\)](#).

Deutschland gibt 25 Millionen Euro für Umweltschutz in Peru

Am 15. August hat die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), das peruanische Umweltministerium sowie die ihre unterstellte Naturschutzbehörde „Servicio Nacional de Areas Protegidas“ (Sernanp) die [zweite Phase des Programms zur finanziellen Nachhaltigkeit](#) der

peruanischen Naturschutzgebiete unterzeichnet. Demnach erhält Sernanp 25 Millionen Euro von der KfW, um die Biodiversität in den Naturschutzgebieten und die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen zu stärken. Das Projekt ist im Einklang mit der [Klimapartnerschaft](#), die 2022 von Peru und Deutschland unterzeichnet wurde.

Zusammengestellt von Hildegard Willer, Heinz Schulze und Annette Brox



Die Soziologin Sofia Macher war Generalsekretärin der Koordination der peruanischen Menschenrechtsgruppen und eines von 12 Mitgliedern der Wahrheitskommission. ©Sofia Macher

6. Sofia Macher: „Die peruanische Gesellschaft hat die Opfer zwar gehört, aber es kam kein Dialog zustande“

Die Menschenrechtsaktivistin und ehemaliges Mitglied der Wahrheitskommission, Sofia Macher, zieht Bilanz über Erreichtes und Nicht Erreichtes, 20 Jahre nach der offiziellen Aufarbeitung des peruanischen Bürgerkrieges 1980 – 2000.

Sofia, wenn Du an den Prozess der Wahrheitskommission zurückdenkst: was ist Dir am stärksten in Erinnerung geblieben?

Sofia Macher: Dass wir es überhaupt geschafft haben, dass der peruanische Staat eine Wahrheitskommission einrichtet. Es gelang während der sieben Monate dauernden

Übergangsregierung von Valentin Paniagua. In den 30 Punkten, die der Dialogtisch der OAS zur Wiedererlangung der Demokratie empfohlen hatte, war keine Rede von einer Wahrheitskommission. Auch Paniagua wollte zuerst nichts wissen von einer Wahrheitskommission. Es war eine Forderung von uns Menschenrechtsgruppen, die wir uns seit 1983 für Gerechtigkeit für die Opfer einsetzten. In der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos wussten wir, dass wir nur diese sieben Monate hatten, danach würde sich wieder alles um Wirtschaft und Korruptionsbekämpfung drehen. Für viele war der Terrorismus damals kein Thema mehr. Über 3000 Senderisten waren im Gefängnis. Deshalb war es unglaublich, wie viele Sektoren der Gesellschaft sich dennoch für eine Wahrheitskommission einsetzten. Erst gegen Ende seiner Übergangsregierung, unterzeichnete Paniagua dann doch das Dekret zur Schaffung einer Wahrheitskommission. Ich erinnere mich, wie wir vor dem Präsidentenpalast demonstrierten und der Berater des Präsidenten herauskam und mit Tränen in den Augen sagte: Er hat es unterzeichnet.

Im darauffolgenden Wahlkampf konnten wir alle Kandidaten, sogar Alan Garcia, dazu bringen, sich für die Schaffung einer Wahrheitskommission zu verpflichten.

Seit 1983 haben wir uns für Gerechtigkeit für die Opfer des Bürgerkrieges eingesetzt, für Gerechtigkeit für Frauen ohne Macht, viele von ihnen Analphabetinnen. All diese Jahre haben sie geklagt, dass ihre Angehörigen verschwunden sind, verhaftet oder getötet wurden. Und nun hat der peruanische Staat eingesehen, dass dies eine Sache des öffentlichen Interesses ist und deshalb eine Wahrheitskommission geschaffen werden müsse. Dies war für mich ein unglaublicher Moment, der wenige Monate zuvor noch unvorstellbar war.

Aus heutiger Sicht: was hat die Wahrheitskommission erreicht und was nicht?

Die Wahrheitskommission hat das Leben vieler Opferfamilien beeinflusst. Erstmals hat der Staat sie als Bürgerinnen und Bürger anerkannt und ihr Leid entschädigt. Mehr als 230 000 Opfer sind im Entschädigungsregister verzeichnet. Und die offizielle Sicht auf die Geschichte hat sich geändert: es ist heute klar, dass die Zeit des Terrorismus nicht nur Bomben in Lima oder gesprengte Strommasten waren, sondern dass es ein Krieg im Innern des Landes war, der das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger zerstört hat. Die neun Bände des Berichtes der Wahrheitskommission beinhalten solide Daten, die als Grundlage für die Ausarbeitung von Entschädigungs- und Sozialprogrammen immer wieder zitiert werden. Die Wiederaufnahme der Gerichtsprozesse verurteilter Mitglieder von Sendero Luminoso und des MRTA hat sich ebenfalls auf den Bericht gestützt. Der Bericht hatte direkten Einfluss auf alle staatlichen Programme, die mit Opfern zu tun hatten.

Die öffentlichen Anhörungen waren sehr wichtig. Erstmals wurde in Peru die Geschichte aus der Sicht der Opfer gehört und im Bericht der Wahrheitskommission niedergeschrieben. Aber hier stieß die Kommission auch an ihre Grenzen. Die peruanische Gesellschaft hat die Opfer zwar gehört, aber es kam kein Dialog zustanden. Die Opfer bekamen keine Antwort. Die peruanische

Gesellschaft zeigte zwar Betroffenheit, wenn sie die Opferaussagen hörte, aber sie setzte dies nicht in Bezug zu ihrem eigenen Leben. Die Menschen fühlten sich dafür nicht verantwortlich. Es war, wie wenn sie einen traurigen Film gesehen hatten, ein wenig weinten, aber sobald sie das Kino verließen, ihr Leben wie vorher weiterführten.

Warum ist diese Verbindung zwischen den Opfergeschichten und der peruanischen Gesellschaft als Ganzes nicht gelungen?

Weil dies lange historische Prozesse sind, die viel mehr Zeit brauchen. Das haben wir bei den Protesten Anfang dieses Jahres wieder gesehen. Diese Proteste gehen an unsere Grundfesten als Republik. Wir sind immer noch eine geteilte Gesellschaft: auf der einen Seite die Stadtbevölkerung, und dort die ländliche, indigene Bevölkerung, die anders ist. Ich erinnere mich an eine Anekdote. Nach einer Veranstaltung im Rahmen der Wahrheitskommission im Kulturzentrum der Katholischen Universität (*im schicken Nobelviertel San Isidro, d.Red.*), kommt im Waschraum eine Frau auf mich zu: „Sie sind doch von der Wahrheitskommission, nicht wahr? Ich wusste nicht, dass die Indigenen genauso leiden wie wir“. Für die Frau war es eine neue Erkenntnis, dass eine indigene Frau genauso leidet, wie sie, wenn ihren Kindern etwas angetan wird. Und daran hat sich bis heute nicht geändert. Es wird höchstens nicht mehr so direkt gesagt, weil es politisch inkorrekt ist.

Der peruanische Staat hat bis heute die Interkulturalität nicht integriert. Die Bewohner der Anden sind weiterhin die Anderen, die Prä-Modernen. An dieser Sicht hat auch die Wahrheitskommission nichts ändern können.

Auch die Opfer des Terrorismus aus der Stadt oder der Mittelschicht – auch wenn es sehr viel weniger waren als in der ländlichen Bevölkerung –, fühlen sich nicht als Teil des Berichtes der Wahrheitskommission. Die Unternehmer, die von der MRTA entführt wurden, die Angehörigen der ermordeten Politiker der APRA: sie alle haben sich nicht in das Opfer-Register eingeschrieben. Das Bild des Opfers ist geprägt vom armen, auf dem Land lebenden, Quechua sprechenden Bauern.

Wenn ich auf die jüngsten Proteste schaue, auf die inzwischen 50 von Polizei und Militär ermordeten Bürgerinnen und Bürger, dann scheint es, dass wir aus dem Bericht der Wahrheitskommission nichts gelernt haben....

Das Narrativ, dass die Indigenen einen „Flecken“ darstellen, der gesäubert werden muss, ist bis heute gültig. Den Soldaten und Polizisten, die die jüngsten Proteste bekämpften, wurde gesagt, bei den Demonstranten handele es sich um Terroristen und Feinde. Peru ist immer noch ein gespaltenes Land. Die Hauptverantwortung, dass da nichts vorwärts geht, tragen die Politikerinnen und Politiker. Anstatt zu verhandeln, schicken sie Militär und Polizei und waschen sich danach die Hände. „Ich habe nichts damit zu tun“. Das hat Belaunde (Präsident Perus von 1980 – 1985) vor 40 Jahren gesagt, und heute sagt es genauso die Präsidentin Dina Boluarte.

Aber Peru ist heute ein anderes Peru als vor 40 Jahren....

Genau, es ist ein anderes Peru. In den letzten 20 Jahren wurde die Schulbildung ausgeweitet, auch wenn sie qualitativ schlecht sein mag, so ist sie doch flächendeckend. Die Kinder der Bauernfamilien – früher Opfer des Terrorismus – studieren heute an der Universität, sie sind „modern“ geworden. Die Proteste nach der Absetzung Castillos waren den auch keine Proteste für bessere staatliche Dienstleistungen, sondern es waren politische Proteste: „Ich habe als Bürgerin diesen Präsidenten gewählt und Du, Regierung – Kongress, achtest diese meine Wählervotum nicht“. Dies ist eine andere Situation als vor 40 oder 30 Jahren.

Hat die Dezentralisierung die Situation und die Rechte der Menschen nicht verbessert?

Peru hat bis heute keine klare Politik für den ländlichen Raum. Wie ist es möglich, dass die Erdgas-Pipeline durch Puno verläuft und Puno selbst kein Gas für Heizungen hat? Dass wir im Winter aus Lima weiterhin Decken und Pullover für die frierenden Kinder schicken? Das hat damit zu tun, dass das Finanzministerium in Lima entscheidet. Und Gas für Heizungen, oder Wasser und Abwasser in abgelegenen Dörfern einzurichten – auf denen zudem wenige Menschen leben –, ist sehr teuer. In der Logik des Finanzministeriums rechnet sich das nicht. Wir brauchen aber flächendeckende Basisversorgung, auch wenn sie zehnmal teurer ist. Oder nimm den „Canon“, also die Steuern aus Bergbau oder Erdölförderung, die direkt in die betroffene Region fließen. 90% davon geben die Regionen nicht aus. Klar ist auch Korruption im Spiel, aber da ist noch das Finanzministerium mit seinen Vorgaben. Die Einnahmen aus dem Canon dürfen nicht für laufende Ausgaben verwendet werden.

Es kann doch nicht sein, dass heute noch jeder Dorfbürgermeister dem Finanzministerium in Lima seine Aufwartung machen muss, um Geld zu bekommen. Sicher gibt es auch Unfähigkeit oder Korruption in den Regionen, aber der hinter dem Finanzministerium steckende Zentralismus ist schrecklich.

Und wie steht es um das Parlament, den Kongress?

Im Bericht der Wahrheitskommission forderten wir, dass die Verteilung der Abgeordneten geändert werden soll. Wir haben große Bevölkerungsgruppen in den ländlichen Gebieten, die im Kongress nicht angemessen vertreten sind. Ein Beispiel: aus ganz Ucayali im Amazonasgebiet, hat drei Abgeordnete. Ich bin sicher, dass sich nicht alle Menschen aus Ucayali von ihnen vertreten fühlen. Wir haben zwar einen Vertreter für die Peruaner, die im Ausland leben. Aber die indigenen Gruppen haben keine Vertretung im Parlament. Seit Beginn der Unabhängigkeit von Spanien hat Peru mit strukturellen Problemen zu kämpfen, die bis heute nicht gelöst sind. Es erfüllt mich mit Hoffnung, dass die ländlichen Gemeinden heute politisch aktiv sind. Das Einfordern ihrer Rechte ist wichtig: dass sie ein Recht auf staatliche Investitionen haben, dass der Staat die Versorgung gewährleisten muss. Das ist ein Recht, kein Almosen.

Könnte aus dieser neuen Politisierung der ländlichen Gemeinden, die von Lima gewaltsam niedergeschlagen wurde, ein neuer bewaffneter Kampf entstehen?

Das glaube ich nicht. Der bewaffnete Kampf ist die Entscheidung eines politischen Akteurs. Nur weil du arm und ausgeschlossen bist, greifst du noch nicht zu den Waffen. Und ich sehe bisher keinen politischen Akteur, der zum bewaffneten Kampf aufruft.

Die jüngsten Proteste waren weitestgehend friedlich, auch wenn es hie und da zu Ausschreitungen kam. Ich hoffe, dass wir damit eine neue Seite unserer Geschichte aufschlagen in Peru. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der nächste Präsidentschaftskandidat oder -kandidatin ohne die Stimmen aus dem Süden Perus gewinnen kann. Für mich sind das eher hoffnungsvolle, positive Zeichen.

Das Gespräch führte Hildegard Willer

7. 20 Jahre Wahrheitskommission: Die Tatenlosigkeit derer, die es verhindern könnten

Der Filmemacher Heeder Soto aus Ayacucho ist selbst Sohn eines Verschwundenen. Er reflektiert hier darüber, was die Wahrheitskommission 20 Jahre danach erreicht hat.

Am Morgen des 8. April 2002 hatte sich die Sonne verborgen. Etwa hundert von uns marschierten vom zentralen Platz der Stadt Ayacucho, Peru, in Richtung Universität. Mehrere Mütter von ANFASEP^[1] trugen Transparente und Fahnen mit den Namen der Verschwundenen. Sie wurden von mehreren Menschenrechtsaktivisten begleitet. Wir riefen: „Nie wieder Terrorismus, nie wieder staatliche Gewalt!“ Auf der Straße schauten uns die Leute an, als wären wir Verrückte. Als wir auf dem Universitätsgelände ankamen, begann sich alles zu ordnen. Die ersten öffentlichen Anhörungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Comisión de la Verdad y Reconciliación, CVR) begannen. Die nationalen und internationalen Medien bereiteten sich auf die Übertragung des Ereignisses vor. Von diesem Tag an sollten die Welt und ganz Peru von den Gräueltaten erfahren, die zwischen 1980 und 2000 vom Leuchtenden Pfad^[2] und den Agenten des Staates^[3] begangen worden waren. Plötzlich waren auf einer Seite der Universität Schreie und Jubelrufe zu hören. Sie kamen von einer Gruppe junger Apristas^[4], die in aggressivem Ton riefen: „Lügenkommission!“ Als „Mama Angélica“, die Präsidentin von ANFASEP, den Lärm sah, wollte sie mutig hingehen und sie zur Rede stellen: „Was für ein Unsinn! Habt ihr gar keinen Respekt? Hier sind die Opfer“, sagte sie. Wir mussten sie beruhigen, ebenso wie die jungen APRA-Mitglieder. Einige von ihnen kamen herein, um den Anhörungen zu folgen, andere verließen mit Jubelrufen auf ihre Partei den Saal.

In einem Teil der Anhörung, als ein Opfer seine Zeugenaussage machte, hörte der Übersetzer, der von Quechua ins Spanische übersetzte, plötzlich auf zu sprechen. Diejenigen, die kein Quechua verstanden, konnten nicht verstehen, was die Zeugin sagte. Sie konnten nur sehen, wie

sie weinte. Später stellte sich heraus, dass der junge Übersetzer, schockiert von der Aussage, in Tränen ausgebrochen war und nicht mehr zu beruhigen war.

Die Wahrheitskommission begann ihre Arbeit im Jahr 2001 und legte ihren Abschlussbericht am 28. August 2003 vor. Darin wird die wahrscheinliche Zahl der Opfer mit 69.280 Personen angegeben. Nach den jüngsten Aktualisierungen des Zentralen Opferregisters ist die Zahl der Todesopfer mit 144.100 – davon 28.727 Verschwundene – noch deutlich höher (RUV, 2022). Salomón Lerner, der damalige Präsident der Wahrheitskommission, stellte den Bericht mit folgenden Worten vor: „Der Bericht, den wir Ihnen vorlegen, enthüllt somit einen doppelten Skandal: den des Mordes, des Verschwindenlassens und der Folter in großem Ausmaß und den der Tatenlosigkeit, der Unfähigkeit und der Gleichgültigkeit derjenigen, die diese humanitäre Katastrophe hätten verhindern können und es nicht getan haben.“[\[5\]](#)



28. August 2003: Salomon Lerner, der Vorsitzende der Wahrheitskommission, übergibt Präsident Alejandro Toledo die 9 Bände des Berichts. ©Diario El Peruano

Diese Worte hallten noch im Bewusstsein einiger Peruaner*innen nach: der Familien der Opfer, die sich in den Worten wiederfanden, und anderer, die sich durch diese Aussage angegriffen sahen: die Streitkräfte, die Terroristen, die in die Verbrechen verwickelten Politiker und sogar einige Unternehmergruppen, die eher die Militärs als die Opfer verteidigten, wie der Unternehmerverband CONFIEP: „CONFIEP hält es für nicht hinnehmbar, dass ideologische Voreingenommenheit, politischer Opportunismus oder irgendwelche Absichten oder Interessen zu einer Verfälschung der historischen Wahrheit, zu einer offiziellen Geschichte oder einem

erfundenen Mythos führen, den zukünftige Generationen als Geschichte akzeptieren, obwohl er in Wirklichkeit weder Geschichte noch Wahrheit ist". (Arce, 2011, S. 28).^[6]

Zwanzig Jahre nach der Vorlage des Abschlussberichts bleiben Fragen: Welche Fortschritte wurden gemacht, was wurde gelernt, was bleibt zu tun? Am selben Tag, an dem der Bericht der Wahrheitskommission vorgelegt wurde, starb "Mamá Angélica"^[7] im Jahr 2017, ohne dass ihr verschwundener Sohn Arquímedes Ascarza gefunden wurde. Ich erinnere mich noch, wie sie das Foto ihres Sohnes mit sich trug und mit unglaublicher Kraft und Furchtlosigkeit die Verletzung der Menschenrechte anklagte.

Die Wahrheitskommission untersuchte 73 Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die von den Streitkräften und Terroristen begangen wurden. Davon wurden nur 53 Fälle strafrechtlich verfolgt:

„22 dieser Fälle führten zu Verurteilungen. Acht weitere endeten mit Freisprüchen für die angeklagten Polizei- und Militärangehörigen [...]“.

„Solche Fälle kommen normalerweise nur langsam voran. Das hat mit den Schwierigkeiten der Ermittlungen zu tun und in vielen Fällen mit der mangelnden Kooperation der Streitkräfte, insbesondere der Armee, und vor allem des Verteidigungsministeriums, die die von der Staatsanwaltschaft und der Justiz angeforderten Informationen nicht zur Verfügung stellen (...) Es hat auch mit den knappen Ressourcen der Staatsanwaltschaft zu tun.“ (OjoPúblico)^[8]

Bei dem Tempo, mit dem die Justiz vorgeht, werden Menschen wie ich, Kinder von Verschwundenen, niemals Gerechtigkeit erfahren. „Meine Mutter sagte, dass mein Vater mich zum Zeitpunkt der Entführung schlafend in seinen Armen hielt. Ich war drei und er war 29 Jahre alt. Sie brachten ihn in ein Haus, das früher ein "Gemeindehaus" war, schalteten ein Tonbandgerät mit hoher Lautstärke ein und folterten ihn. Meine Mutter sagte, dass man trotz der hohen Lautstärke Schreie hören konnte" (H. Soto 2022)^[9]. Von diesem Moment an ist mein Vater nur noch eine Nummer, nur noch ein Verschwundener. Er wurde von der Marine entführt und beschuldigt, ein Anhänger des Leuchtenden Pfades zu sein, ohne Beweise.

Diese Art, Opfer zu schaffen, hat sich nicht geändert. Im Dezember letzten Jahres starben 49 Menschen durch die Hände der Streitkräfte, die auf Demonstrierende schossen. Danach wurden die Toten als "Terroristen" bezeichnet^[10], ohne dass es dafür Beweise gab. Die derzeitige Präsidentin, Dina Boluarte, setzte diesen Diskurs fort. Sie behauptete außerdem, dass die Toten auf ausländische Interventionen^[11] zurückzuführen seien.

Peru hat heute ein gut funktionierendes Justizsystem. Deshalb sitzen mehrere ehemalige Präsidenten im Gefängnis, die wegen Menschenrechtsverbrechen und Korruption angeklagt sind. Aber es hat auch ein von Korruption durchsetztes System. Seine Institutionen, etwa die Streitkräfte, marschieren stolz vor der Nationalflagge, töten aber ohne Skrupel Bürger*innen. Es ist offensichtlich: 20 Jahre nach dem Abschlussbericht der Wahrheitskommission wurden kaum

Fortschritte erzielt und es bleibt noch viel zu tun. Noch heute kann man die Worte von Salomón Lerner hören: Es sterben weiterhin Menschen wegen der Trägheit derjenigen, die es verhindern könnten und es nicht tun.

Heeder Soto

Übersetzung: Annette Brox

[1] ANFASEP: Asociación Nacional de Familiares de Secuestrados, Detenidos y Desaparecidos del Perú, Nationale Vereinigung der Angehörigen von Entführten, Verhafteten und Verschwundenen in Peru.

[2] Die selbsternannte kommunistische Partei "Leuchtender Pfad" in Peru. Die Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru führte zwar keine bewaffneten Aktionen in Ayacucho durch, wohl aber im zentralen Regenwald.

[3] Die Agenten des Staates waren: Polizei, Armee und Marine.

[4] Sie gehörten der rechtsgerichteten politischen Gruppierung APRA an. Diese Gruppe erkennt bis heute den Wahrheitsgehalt des Abschlussberichts der Wahrheitskommission nicht an, da er sie für mehrere Menschenrechtsverletzungen während ihrer Regierungszeit verantwortlich macht. Ähnlich verhält es sich mit anderen Parteien wie der Acción Popular, dem Fujimorismo und anderen...

[5] Rede anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichts der Wahrheitskommission:
<https://www.cverdad.org.pe/ifinal/discurso01.php>

[6] Arce, G. A. (2011). La herencia del pasado. Fuerzas Armadas, Derechos Humanos y seguridad interior en el Perú contemporáneo [PUCP].
https://tesis.pucp.edu.pe/repositorio/bitstream/handle/20.500.12404/1317/TESIS_La_herencia_del_pasado.pdf?sequence=1&isAllowed=y

[7] Angélica Mendoza, die als Symbol für den Kampf um die Menschenrechte gilt. Nominiert für den Friedenspreis 2005.

[8] Siehe Artikel: <https://ojo-publico.com/derechos-humanos/el-legado-la-comision-la-verdad-se-abre-paso-la-judicial>

[9] Soto, H. (2022g). Vientos & memorias [Dokumentarfilm]. Saywa Films.

[10] "Regierungsvertreter äußerten sich wiederholt beleidigend über die Demonstranten und verunglimpften sie, indem sie ihnen unterstellten, sie seien "Terroristen" <https://www.hrw.org/es/report/2023/04/26/deterioro-letal/abusos-por-las-fuerzas-de-seguridad-y-crisis-democratica-en-el-ftn57>

[11] "Wir wissen inoffiziell, dass diese tödlichen Geschosse, genannt 'dum dum', die von den Ponchos Rojos mitgebracht wurden, über die peruanisch-bolivianische Grenze gelangt sind", erklärte sie, ohne Beweise vorzulegen. <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-64421389>

8. 20 Jahre Wahrheitskommission: Wider Ungerechtigkeit und Rassismus

Die Botschaft des Berichtes der Wahrheitskommission ist aktueller denn je, schreibt Nani Mosquera Schwenninger.

20 Jahre Wahrheits- und Versöhnungskommission (CVR): ein Gedächtnis an 20 Jahre Gewalterfahrungen und unsägliche Leiden in Peru. Diese gilt es sich zu vergegenwärtigen. Die Leiden von ungezählten Opfern konkret werden zu lassen und nicht als Statistiken zu sehen, die wir rasch zur Kenntnis nehmen und beiseite legen, darauf kommt es an!

Bei meiner Arbeit mit Frauen aus Villa El Salvador (*Viertel im Süden Limas mit langer Tradition der Selbstorganisation, d.Red.*) habe ich viele Zeugnisse von Frauen gehört. Frauen, die gezwungen waren mitzerleben, wie ihre Männer geschlagen, gefoltert und schließlich getötet wurden. Frauen, die damals Kinder waren und deren Eltern vor ihren Augen erschossen wurden. Wer half ihnen aus solchen traumatischen Erfahrungen? Mütter, deren erwachsene oder halbwüchsige Kinder entführt wurden, um vom „Leuchtenden Pfad“ zum Töten gezwungen zu werden. Frauen, die ebenfalls von terroristischen Übergriffen der Militärs oder der Polizei berichteten. Frauen, denen die Justiz nicht zu ihrem Recht verhalf.



1989, staatliche San Marco-Universität Lima. Das Militär macht eine Razzia an der Universität und führt Studenten ab, die verdächtig sind, dem Leuchtenden Pfad anzugehören ©Archivo Historico Diario El Peruano

Aufarbeitung von 20 Jahren Gewalt

Peru hat zwei Jahrzehnte lang, 1980 – 2000, eine unglaubliche Gewaltphase durchgemacht. Diesen Gewalterfahrungen widmeten sich die Untersuchungen der CVR, deren erschütternder Bericht die Kommission am 28. August 2003 dem peruanischen Präsidenten übergab. Ziel war, wie Salomon Lerner, der Präsident der 12-köpfigen Kommission es ausdrückte, „dass so etwas nie wieder geschehe“, „para que nunca se repita“.

Die Übergangsregierung unter Valentin Paniagua (2000/2001), hatte die Wahrheitskommission eingerichtet im Bewusstsein, dass die Wahrheit, die Fakten auf den Tisch kommen müssen, um eine Wiederholung zu verhindern. Sein Nachfolger Toledo erweiterte den Auftrag durch den Zusatz „Versöhnungskommission“.

Die Tatsachen des Berichts

Die Opfer und deren unmenschliche Leiden sind in den Vordergrund zu rücken, wenn das zerrissene Land endlich zu einer Einheit gelangen solle. Auf die Opfer kommt es an! Sie müssen bereit sein, die Entschuldigung der Täter anzunehmen.

17.000 Aussagen von Opfern hatte die Kommission gesammelt, auch in öffentlichen – vom Fernsehen übertragenen – Anhörungen. Gründliche Untersuchungen mit neuesten sozialwissenschaftlichen Methoden führten schließlich zu weitreichenden Ergebnissen:

– An erster Stelle die Präsentation von persönlichen Leiden der Überlebenden der Gewalt.

-Über 69.000 Menschen wurden ermordet oder verschwanden.

-75 % der Opfer sind Indigene (Quechua-, Aymara-sprechende, Ashaninkas etc.), obwohl sie nur circa 25 % der Bevölkerung ausmachen.

-Das offenbart einen tiefgehenden Rassismus in der peruanischen Bevölkerung.

-Opfer wurden vor allem Menschen auf dem Land, was ebenfalls eine tiefe Spaltung Perus kennzeichnet.

-Der „Sendero Luminoso“, die marxistische-maoistische Terrororganisation, hatte sich zum Ziel gesetzt, die alte Ordnung, den bestehenden Staat, zu zerstören und darauf ihre sogenannte „neue, sozialistische“ Ordnung aufzubauen.

-37,26 % der Toten und Verschwundenen wurden verursacht durch die staatlichen Sicherheitskräfte.

-Der Staat begünstigte also nicht nur Rassismus und Ungerechtigkeit zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, sondern gebrauchte seinerseits bei der Bekämpfung der subversiven Gewalt selbst terroristische Mittel und gewährte zudem den Tätern seiner Organe Strafflosigkeit.

-Opfer von beiden Seiten, dem Sendero Luminoso und den Staatsorganen waren nicht nur individuelle Menschen und ihre Familien, sondern ganze Dörfer, Gemeinwesen und die Demokratie selbst.

Daher schlug die Kommission nicht nur Reparationen für individuelle Opfer vor, sondern auch eine Reorganisation staatlicher Organe, wie der Streitkräfte, der Polizei und vor allem auch der Justiz und der Demokratie als solcher.

Was ist daraus geworden?

Der Fujimorismus und weitere Parteien, deren Interesse eigennützig und kurzfristig ist, gepaart mit Widerständen aus dem Militär und der Polizei unterliefen und unterlaufen die Umsetzung der herausragenden und weisen Empfehlungen der Wahrheitskommission.

Die damalige deutsche Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heide Wieczorek-Zeul bot im Sinne der Stärkung der Demokratie dem geschundenen Land Peru an, auf Rückzahlungen von Auslandsverschuldungen zu verzichten, wenn Peru dieses Geld für die von der Kommission empfohlenen Reparationen einsetzen würde. Der damalige Premierminister und spätere Präsident Pedro Pablo Kuczynski lehnte jedoch ab.

Wie aber sollen Opfer zur Geste der Versöhnung gelangen, wenn sie wissen, dass Täter an ihrer Seite leben und Strafflosigkeit vorherrscht und es keineswegs eine Bitte um Vergebung gibt!

Wie soll der Rassismus und die soziale, politische und wirtschaftliche Kluft zwischen Stadt und Land überwunden werden, wenn Regierungen, Kongresse und Staatsorgane sowie die Medien bis heute sich kaum um den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft kümmern?

Eine vertane Chance

Die jüngsten Proteste sind ein beredtes Beispiel dafür, dass die Chancen der CVR nicht genutzt wurden. Die aufkeimende Hoffnung, mit der Wahl Pedro Castillos durch die Mehrheit der Landbevölkerung würde endlich zu einer Veränderung in Richtung eines Abbaus von Rassismus und Ungerechtigkeit in der peruanischen Gesellschaft führen, erfüllte sich nicht. Zum einen erwies

sich der Präsident als unfähig, andererseits waren und sind die politischen (Regierung und Kongress vor allem) militärischen, ökonomischen und medialen Eliten unfähig, aus den Ergebnissen der CVR zu lernen und diese endlich umzusetzen.

Auf der Strecke bleiben die Opfer, die mir ihre Geschichte erzählt haben: die Frauen in Villa El Salvador viele ihrer Leidensgenossinnen und Genossen, vor allem in ländlichen Gegenden. Auf der Strecke bleibt nach wie vor die Demokratie, die sich um das Gemeinwohl wirklich *aller* effektiv kümmern müsste. Das Gedenken von 20 Jahren CVR ist nötiger denn je: „para que no se repita“ – das belegen auch die 49 Todes-Opfer der jüngsten Proteste.

Nani Mosquera Schwenninger hat die Entstehung des Berichtes der Wahrheitskommission als Menschenrechtsaktivistin in Tübingen und Mitglied des Vorstandes der Infostelle Peru aktiv begleitet.

9. Das Millionengeschäft mit der Alpakawolle

Peru ist der weltweit führende Hersteller von Alpakawolle. Jedes Jahr exportiert das Land Alpakawolle im Wert von rund 200 Mio. US-Dollar.

Der Markt wird bestimmt von den Konzernen Michell und Inca Tops. Das erste Glied in der Produktionskette sind jedoch die *Alpaqueros*, Familien, die in den Hochandengebieten leben, wo die Landwirtschaft aufgrund der klimatischen Bedingungen unrentabel ist. Sie erhalten nur 20 USD pro Jahr für die Wolle eines Tieres. Ihre prekäre Einkommenssituation wird durch die starken Fröste und Dürreperioden noch verschlimmert.

Der folgende Text ist eine stark gekürzte Übersetzung einer Reportage von Elizabeth Salazar Vega (Text) und Alessandro Cinque (Fotos) auf [OjoPúblico](#).

In Peru leben mehr als 87 % der weltweiten Alpakapopulation. Das sind mehr als 4 Millionen Tiere. Das Land ist der weltweit führende Produzent von Alpakawolle, gefolgt von Bolivien und Australien. Allein 2022 exportierte Peru Alpakawolle, Stoffe, Kleidungsstücke und andere Produkte im Wert von über 187 Millionen US-Dollar, vor allem in die Vereinigten Staaten sowie nach Italien und China.

Das erste Glied in dieser millionenschweren Produktionskette sind die mehr als 82.000 Züchter*innen im südlichen und zentralen Hochland des Landes, die die uralte Tradition der Pflege, Fütterung und Schur von Alpakas aufrechterhalten. Verdienen tun sie damit jedoch nur wenig. Die Wolle, die sie aus einem Alpaka gewinnen, bringt gerade einmal 20 USD pro Jahr ein.

Die *Alpaqueros* leben in Gemeinden, die größtenteils sehr arm sind und in denen die Landwirtschaft aufgrund der extremen Kälte nicht rentabel ist. So ist die wichtigste wirtschaftliche Tätigkeit die Alpakazucht. Sie wird jedoch von Jahr zu Jahr unrentabler, insbesondere wegen der Dürren und Fröste, die die Wasserversorgung und natürlichen Weiden für ihre Tiere einschränken.



Alpakaherde in Versuchsstation im Colca-Tal ©Hildegard Willer

Im Mai 2022 mussten die Familien in den Hochandengebieten von Cusco ungewöhnliche Temperaturen ertragen: Die Thermometer zeigten unter Null, obwohl die Frostsaison normalerweise erst im Juni und Juli beginnt. Dieses Jahr wiederholte sich die Situation. In mehr als 4.000 Metern Höhe wachen die Tiere mit schnee- und frostbedecktem Fell auf, weil es keine schützenden Unterstände gibt.

In Ocongate, einem der ärmsten Bezirke der Region, sterben viele Kälber vor der Geburt oder innerhalb weniger Wochen nach der Geburt an Krankheiten wie Lungenentzündung. Auch einige erwachsene Tiere sterben an Fieber, Infektionen oder Hunger, da das Gras, von dem sie sich ernähren, gefroren ist.

Die Alpakaschur erfolgt im Oktober und November, bevor die Regenzeit einsetzt, damit die Tiere frisches Gras haben, um ihre Energie wieder aufzutanken. Im Jahr 2022 regnete es jedoch nicht und es gab nicht genug Wasser für die Weiden.

Die Alpaqueros erklären, dass sie aufgrund des fehlenden Regens gezwungen waren, die Schur auszusetzen, damit insbesondere die trächtigen Tiere nicht wegen Hitzestress und Hunger leiden oder sogar sterben. In Zeiten der Dürre treiben die Züchter ihre Herden normalerweise auf der Suche nach frischem Weideland auf andere Flächen im Gemeindegebiet, aber die Trockenheit war so extrem, dass es nirgends Reserven gab. Die Wetterphänomene des Küsten-Niño und

Globalen Niño könnten in den kommenden Monaten den Niederschlagsmangel im südöstlichen Hochland noch verschlimmern.

“Die Futtermittelproduktion ist nicht mehr ausreichend. Der Klimawandel führt zu einem Rückgang der Weideflächen, aber gleichzeitig wollen die Familien mehr Alpakas züchten, um ihr Einkommen zu erhöhen. Hinzu kommt eine geringere Wasserverfügbarkeit, da die Feuchtgebiete austrocknen. Ohne Regen und Gletscher werden diese Ökosysteme, die für die Ernährung der Alpakas wichtig sind, verschwinden”, erklärt Delmy Poma, Präsidentin von DESCO (Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo).

Im Januar dieses Jahres führte die Regierung einen staatlichen Zuschuss ein, um die von der Dürre und dem Frost betroffenen Züchter*innen zu unterstützen. Sie erhielten 266 Soles (66 Euro) pro Alpaka für maximal 12 Tiere. Für die Dorfbewohner*innen ist dieser Betrag lächerlich, wenn man bedenkt, dass ein genetisch hochwertiges Alpaka mit feien Fasern 20.000 Soles (knapp 5.000 Euro) kostet.

Die Auswirkungen der Klimakrise

Von der Alpakazucht allein können die Familien nicht leben. Die Männer suchen sich parallel Jobs in städtischen oder touristischen Gebieten, während die Frauen sich der Pflege und dem Weiden der Tiere widmen. Sie wandern mit dem Vieh durch die Berge und stricken die Alpakahandschuhe und -mützen, um sie auf den Märkten von Cusco zu verkaufen.

Immer weniger junge Leute werden heute Alpaqueros oder Weber. Die meisten wandern in die Städte ab, sobald sie die Schule beendet haben, in der Hoffnung, dort neue Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Der Beruf des Alpaquero ist erst ab einer Herde von 200 Tieren rentabel. Allerdings stammen 85 % der landesweit vermarkteten und exportierten Fasern von Erzeuger*innen, die nur zwischen 20 und 100 Alpakas besitzen.

Diese Familien kümmern sich intensiv um ihre Tiere, aber nur wenige haben Zugang zu Schulungen, um ihre Fütterungs-, Zucht-, Schur- und Kategorisierungstechniken zu verbessern, was zur Steigerung der Qualität und Quantität der Fasern beitragen könnte.

Nach Angaben der Spinnerinnen von Chinchero reicht die feinste Wolle eines Alpakas nur für zwei Pullover oder einen Mantel pro Jahr. Diese Wolle – früher als Baby-Alpaka bekannt – wird für den Exportmarkt verwendet. Der Rest der geschorenen Fasern wird mit anderen Textilien gemischt und dient für Teppiche, Plüschtiere und andere Zwecke.

Auch die Klimakrise verändert die Alpakawolle. Die Tiere verbrauchen in Frost- oder Dürreperioden ihre Energie für das pure Überleben. Deshalb wächst die Wolle langsamer und variiert in der Dicke, was ihren Marktwert verringert.

Das Landwirtschaftsministerium initiierte 2022 ein Projekt mit Schulungskampagnen zur Qualitätsverbesserung. Außerdem gibt es seit Jahren einen Frost- und Kälteplan, um die Alpaqueros mit Medikamenten, Ställen und Weideflächen für ihre Tiere zu unterstützen. Allerdings erreichen diese Maßnahmen längst nicht alle Züchter*innen. Bis 2023 sollten 2.571 Ställe in den höher gelegenen Alpakagebieten bereitgestellt werden, doch bisher wurden nur 20 % davon geliefert, obwohl die Fröste bereits im Hochland angekommen sind.



*Werden gerne verwechselt: Alpaka mit der flauschigen Wolle links; rechts ein Lama, das vor allem als Lasttier gefragt ist
©Hildegard Willer*

Die Beherrscher des lokalen Marktes: Michell und Incatops

Die Wertschöpfungskette im Alpakageschäft reicht von der Zucht der Tiere bis zum Export von Wolle oder Textilien. Dazwischen stehen die Sammler und Zwischenhändler, die die Wolle von den Kleinerzeuger*innen kaufen, weil diese nicht die strukturellen Voraussetzungen (Firmennamen, Rechnungsstellung etc.) haben, um sie direkt an die Unternehmen zu verkaufen. Die Endabnehmer sind Unternehmen, die die Wolle verarbeiten. Marktführer sind die Gruppen Michell und Inca. Die beiden peruanischen Konzerne haben zwischen 2018 und 2022 56 % der Exporte von Alpakaprodukten in Peru abgewickelt. Sie verkauften 20.438 Tonnen im Wert von 470 Mio. Euro, Transport-, Versicherungs- und Frachtkosten nicht eingerechnet. Die wichtigsten Zielländer waren China, Italien und Norwegen.

Im Jahr 2021 verzeichnete die Michell-Gruppe einen Nettoumsatz von 458,6 Mio. Soles (rund 114 Mio. Euro) im In- und Ausland. Allein mit dem Export von Alpakaprodukten erzielte Michell einen Umsatz von 86 Mio. Euro, hauptsächlich aus Verkäufen in die Vereinigten Staaten.

Im Gegensatz zu Michell hat die Inca-Gruppe mehrere Geschäftszweige, darunter Immobilien, Finanzen, Dienstleistungen und Software. Ihr Aushängeschild ist jedoch der Textilsektor, und zwar über die Inca Tops S.A., die neben dem Textilhändler Amano auch das Genforschungsunternehmen Pacamarca verwaltet, sowie die Firma Incalpaca TPX S.A. und ihre Marken Kuna, Andean, Incalpaca und Iqual. Im Jahr 2021 erzielte allein Inca Tops S.A. einen Umsatz von 48 Mio. Euro, hauptsächlich in China.

Beide Unternehmensgruppen haben ihr Imperium auf einer Luxusfaser aufgebaut, die ihren Wert in der Verarbeitungs- und Vermarktungsphase vervielfacht. Selbst wenn das Kleidungsstück kein Designerlabel trägt, ist der Endpreis im Verhältnis zu den Rohstoffkosten extrem hoch: In Spezialgeschäften in Lima kann ein Pullover aus der feinsten Wolle 180 Euro kosten, ein Mantel 490 Euro.

Verglichen damit ist der Gewinn einer Familie, die 100 Alpakas züchtet, minimal. Im günstigsten Fall liegt er bei 1.800 Euro im Jahr. In einem Jahr produzieren ihre Tiere 230 Kilo Wolle, die für 6.600 Euro verkauft werden können, wenn sie von guter Qualität sind. Während die Alpaqueros also acht Euro (31,3 Soles) pro Kilo Wolle erhalten, wird die gleiche Menge an verarbeitetem Garn für mindestens 30 Euro exportiert.

Wenn die Regionalgruppen des Nationalverbandes der Alpaka- und Lamazüchter (SPAR) besser zusammenarbeiten würden, hätten sie eine deutlich bessere Verhandlungsposition gegenüber den Unternehmen, meint Vicente Huaman, SPAR-Präsident von Ocongate. Um das Monopol von Incatops und Michell zu brechen, müssten die Alpaqueros sich deutlich stärker organisieren und die Wolle selbst industriell in großem Stil verarbeiten und vermarkten.

Bisher jedoch machen die Unternehmen, die die Luxus-Lieferkette beherrschen, weiter ihre Geschäfte. Denn es ist ihnen gelungen, das Angebot an Alpakawolle an sich zu binden. Währenddessen erleben die 600 Alpaqueros in Ocongate eine weitere Saison mit großer Trockenheit, die viele ihrer Tiere nicht überleben werden, was die Lebenssituation der Familien noch prekärer machen wird.

Elizabeth Salazar Vega und Alessandro Cinque in [OjoPúblico](#)

Gekürzt und übersetzt von Annette Brox

10. Giftige Exporte

Vier europäische Unternehmen – darunter auch deutsche Investoren – verkaufen in Peru verbotene Pestizide

Die Unternehmen Bayer, Syngenta Group, BASF und Agrolac verkaufen in Peru eine Gruppe von Pestiziden, die in der Europäischen Union wegen ihrer potenziellen Schäden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt verboten sind.

Peru ist eines der Länder, in die Pestizide geliefert werden, die in der Europäischen Union verboten sind und die von einer Gruppe multinationaler Unternehmen ohne Einschränkungen exportiert werden. Kleinbauern kaufen sie und setzen sie auf ihren Feldern ein, um Schädlinge zu beseitigen, ohne die gefährlichen Auswirkungen auf ihr Leben, die Artenvielfalt der Ökosysteme und die Lebensmittel, die auf unseren Tischen landen, zu kennen.

Nach Durchsicht des Registers der vom Nationalen Gesundheitsdienst für die Landwirtschaft (Senasa) zugelassenen Agrochemikalien und der Zollberichte der letzten fünf Jahre hat [Salud con lupa](#) festgestellt, dass die Unternehmen Bayer und BASF (Deutschland), Syngenta (Schweiz/China) und Agrolac (Spanien) 19 in Europa verbotene Pestizide nach Peru exportieren.^[1]

Der EU-Umweltausschuss hatte zugesagt, im Jahr 2020 über einen Gesetzesentwurf abzustimmen, in dem vorgeschlagen wird, die Produktion und den Export von Pestiziden, die in der EU seit mehreren Jahren verboten sind, zu beenden, sah sich aber dem starken Widerstand der Chemielobby ausgesetzt.

In den letzten Jahren ist der weltweite Absatz von Pestiziden um durchschnittlich vier Prozent pro Jahr gestiegen. In Lateinamerika sind mindestens ein Drittel der meistverkauften Produkte hochgefährliche Pestizide, die in der Europäischen Union verboten sind. Dieser Anstieg steht im Zusammenhang mit der Ausweitung von Monokulturen (einschließlich Soja, Ölpalmen und Mais), die zu drastischen Veränderungen der Lebensbedingungen der bäuerlichen Gemeinschaften und der menschlichen Entwicklungsperspektiven der Länder geführt hat.

Gravierende Folgen sind unter anderem das Aufkommen von Pflanzen und Insekten, die schwieriger zu bekämpfen sind, was neue Generationen von transgenem Saatgut und einen intensiveren Einsatz von Pestiziden erfordert; das Auftreten von Gesundheitsproblemen bei Landarbeitern wie Krebs, Missbildungen, Veränderungen des Hormon-, Fortpflanzungs- und Verdauungssystems; und die Verringerung der Artenvielfalt, die Verschlechterung der Ökosysteme und des Boden- und Wasserlebens.

Neben Unternehmen aus der Schweiz (Syntega Konzern) und Spanien (Agrolac) sind besonders die beiden deutschen Chemiegiganten Bayer und BASF beteiligt.

Der deutsche multinationale Konzern „Bayer“ beispielsweise hat seit 1992 eine Tochtergesellschaft in Lima. Sie vertreibt sieben in der Europäischen Union verbotene Pestizide, darunter Imidacloprid, das zu einer Gruppe von Insektiziden, den Neonicotinoiden, gehört, die auf das zentrale Nervensystem von Insekten wirken, sie lähmen und innerhalb weniger Stunden töten. Aber auch Pflanzen nehmen diese Agrochemikalie auf, die laut mehreren wissenschaftlichen Studien eine der Ursachen für den Rückgang der Population von Bestäubern wie Bienen ist. Aus diesem Grund haben die europäischen Märkte 2018 ihr Veto eingelegt, aber Bayer vermarktet es in Peru als die beste Lösung gegen Schädlinge wie Wanzen, Blattläuse und andere Ungeziefer, die Tomaten-, Avocado-, Mango-, Orangen-, Rüben-, Baumwoll- und Reispflanzen befallen.

Bayer exportiert nicht nur ein, sondern mindestens vier Insektizide nach Peru, die Imidacloprid als Inhaltsstoff enthalten, das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als sehr gefährliche Substanz eingestuft wird.

Ein weiterer Bestandteil der Pestizide, die Bayer an peruanische Landwirte verkauft ist Fipronil, ein hochgiftiges, weißes Pulver zu Insektenbekämpfung: In der Europäischen Union seit Jahrzehnten verboten und von der US-Umweltschutzbehörde als potenziell krebserregend eingestuft.

Dies sind nur zwei Beispiele des Pestizidangebots von Bayer auf dem peruanischen Markt; es werden noch zahlreiche weitere angeboten, wie etwa das Fungizid Fenamidon gegen Schädlinge in Paprika-, Zwiebel-, Erdbeer-, Kartoffel- und Tomatenkulturen oder das gefährliche Mancozeb – obwohl Untersuchungen 2018 ergeben haben, dass es bei Menschen, die mit diesen Substanzen in Kontakt kommen, zu erheblichen hormonellen Schäden kommen kann.

Auch der deutsche Gigant BASF hat eine Niederlassung in Peru und verkauft mindestens sechs Agrochemikalien, die in der Europäischen Union verboten sind, darunter etwa das Insektizid Fastac, hochtoxisch für den menschlichen Hormonhaushalt und Auslöser von Schwindel, Kopfschmerzen, Übelkeit, Müdigkeit, Haut- und Augenreizungen.

Jeder Hersteller ist verpflichtet, das Risiko seines Produkts auf dem Etikett anzugeben, aber das Geschäft mit Pestiziden wird in Peru wahllos betrieben, ohne dass die Landarbeiter ausreichend beraten werden. Ohne angemessene Schulung entsorgen viele von ihnen Pestizidbehälter in unmittelbarer Nähe von Wasserquellen wie Flüssen, was die Kontaminationsszenarien erhöht.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Landwirte keine Schutzausrüstung tragen, welches bei vielen Pestiziden erforderlich ist. Das Fungizid Quinoxifen, das von BASF zur Bekämpfung von Schädlingen im Weinbau verkauft wird, erfordert zum Beispiel das Tragen von Schutzkleidung für einen Zeitraum von mindestens 24 Stunden.

Eine weitere schwerwiegende Folge des Pestizideinsatzes ist die Folge des Bienensterbens: In Peru werden Neonicotinoide vermarktet, eine Gruppe von Insektiziden, die wegen der alarmierenden Sterblichkeitsrate bei Bienen in der EU verboten sind.



©Hildegard Willer

Regulierung ist unzureichend

Bis heute hat die „Senasa“, die dem Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung untersteht, die Vorschriften zur Kontrolle des Handels, der Verwendung und der Lagerung von Pestiziden nicht aktualisiert, um die Zulassungsbedingungen für diese Produkte im Land zu verschärfen. Noch weniger hat es die Pestizide verboten, die in anderen Ländern bereits wegen ihrer Gesundheits- und Umweltschädlichkeit verboten sind.

Nach den seit 2015 geltenden Vorschriften des „Nationalen Systems für Pestizide zur Verwendung in der Landwirtschaft“ muss die Senasa vor der Zulassung einer Substanz bewerten, „ob der Nutzen die Risiken überwiegt“, was bedeutet, dass sie mehrere Berichte, wie z.B. toxikologische und Umweltverträglichkeitsberichte, vorgelegt hat. Bei mindestens 19 Substanzen, die in der EU bereits verboten sind, war dieser Rechtsrahmen jedoch „flexibel“.

Beatriz Salazar, Forscherin am Zentrum für Peruanische Studien (CEPES) sieht als einzige Lösung, solange es keine Reformen des von Pestiziden abhängigen Agrarmodells gibt, dass die EU die Produktion und den Export von eingeschränkten Pestiziden auf ihrem Gebiet einstellt. Andernfalls werden die Pestizide weiterhin illegal über die Grenzen zu Ecuador oder Brasilien ins Land gelangen, wo sie ebenfalls von flexiblen gesetzlichen Rahmenbedingungen profitieren.

Salazar weist auch auf die Verantwortung Perus hin:

“Auch die peruanische Regierung könnte Druck auf die europäischen Länder ausüben, damit diese die Umweltverpflichtungen aus den Freihandelsabkommen einhalten. Zu diesen Abkommen gehört das Rotterdamer Übereinkommen, das jedes EU-Land verpflichtet, das Zielland über die Risiken einer Chemikalie zu informieren, bevor es sie exportiert, oder es zu informieren, wenn es Verbots- oder Beschränkungsmaßnahmen ergreift“, erklärt sie. Dieser Mechanismus hat sich jedoch als nicht so effektiv erwiesen. Deshalb hat die UNO gefordert, die Liste der gefährlichen Pestizide in die Konvention aufzunehmen, um die Schädigung der Umwelt und die Menschenrechte der am meisten gefährdeten Menschen, die diesen Substanzen ausgesetzt sind, zu stoppen.

Konkrete Ergebnisse aus peruanischen Regionen

Eine Studie, die 2022 in der Zeitschrift Nature veröffentlicht wurde, warnte vor dem Ausmaß der Pestizidbelastung in landwirtschaftlichen Gemeinden in Huancavelica, Ica, Junín und Lima. Anhand von Haartests wurden 67 Wirkstoffe, die in Insektiziden, Herbiziden und Fungiziden enthalten sind, in besorgniserregender Menge gefunden. Die Untersuchung wurde an 50 Personen durchgeführt, zumeist Landarbeiter aus ländlichen Dörfern. Von diesen gaben 35% an, dass sie bei der Anwendung von Pestiziden auf ihrem Land keine persönliche Schutzausrüstung verwenden. Außerdem verzehrten die Menschen in ländlichen Gebieten eher Lebensmittel, die direkt vom Feld geerntet wurden, d.h. ohne vorherige Dekontaminationsbehandlung, wodurch sie einem höheren Risiko ausgesetzt waren, so die Studie.

Die Verantwortlichen?

“Das Problem der Pestizide ist allgegenwärtig, wenn es um Landwirtschaft, Gesundheit, Artenverlust und Wasserverschmutzung geht. Es ist ein wichtiges Querschnittsthema“, sagt die Agraringenieurin Susan Haffmans vom Pesticide Action Network, das eine führende Rolle bei der Entwicklung des Pestizidatlas 2022^[2] gespielt hat – dennoch ist die Doppelmoral seitens der EU nicht zu übersehen: sie lässt die Pestizidexporte ihrer Unternehmen zu, während sie die Einfuhr von Agrarprodukten aus dem Süden mit der Begründung verbietet, dass diese mit Pestiziden beschichtet sind.

“Die Profite einer Gruppe von multinationalen Unternehmen werden auf Kosten der Menschen und des Planeten in den Vordergrund gestellt”, fügt Greenpeace hinzu.

Vor kurzem hat die belgische Nichtregierungsorganisation Humundi eine in unserem Land durchgeführte Untersuchung über die schwache Regulierung des Verkaufs und der Anwendung von Pestiziden vorgestellt. Peru ist einer von 53 Märkten, in die zwischen 2013 und 2021 69.000 Tonnen gefährlicher Substanzen aus Belgien exportiert wurden, so die Studie. Humundi verweist nachdrücklich auf die Verantwortung von Syngenta, Bayer und BASF.

“Das Argument dieser Unternehmen ist, dass hinter dem Pestizidanbau Arbeitsplätze stehen. Sie zerstören die Umwelt, aber sie stellen nur wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund”, sagt Jonas Jaccard, Vertreter von Humundi.

In Europa diskutieren Frankreich und Belgien nun ernsthaft über Exportbeschränkungen für gefährliche Pestizide, aber die Chemielobby verhindert, dass sie vorankommen.

Wenn die EU ihre Verantwortung für die Reduzierung von Schadstoffen wahrnehmen würde, müssten weitere strukturelle Veränderungen eingeleitet werden. Derzeit gibt es eine Gesetzesinitiative zum Verbot der Produktion und des Exports gefährlicher Chemikalien, die aber voraussichtlich noch in diesem Jahr von der Europäischen Kommission überprüft wird. Im Rahmen einer öffentlichen Beratung sammelt die Kommission weiterhin Beiträge von Forschern, Unternehmen und interessierten Nichtregierungsorganisationen.

“Dies ist ein Problem, das nicht von einem Land allein gelöst werden kann. Wir brauchen verbindliche und strengere Regeln seitens der gesamten europäischen Gemeinschaft”, sagt die Forscherin Beatriz Salazar über erforderliche Maßnahmen, die sich positiv auf Peru auswirken könnten.

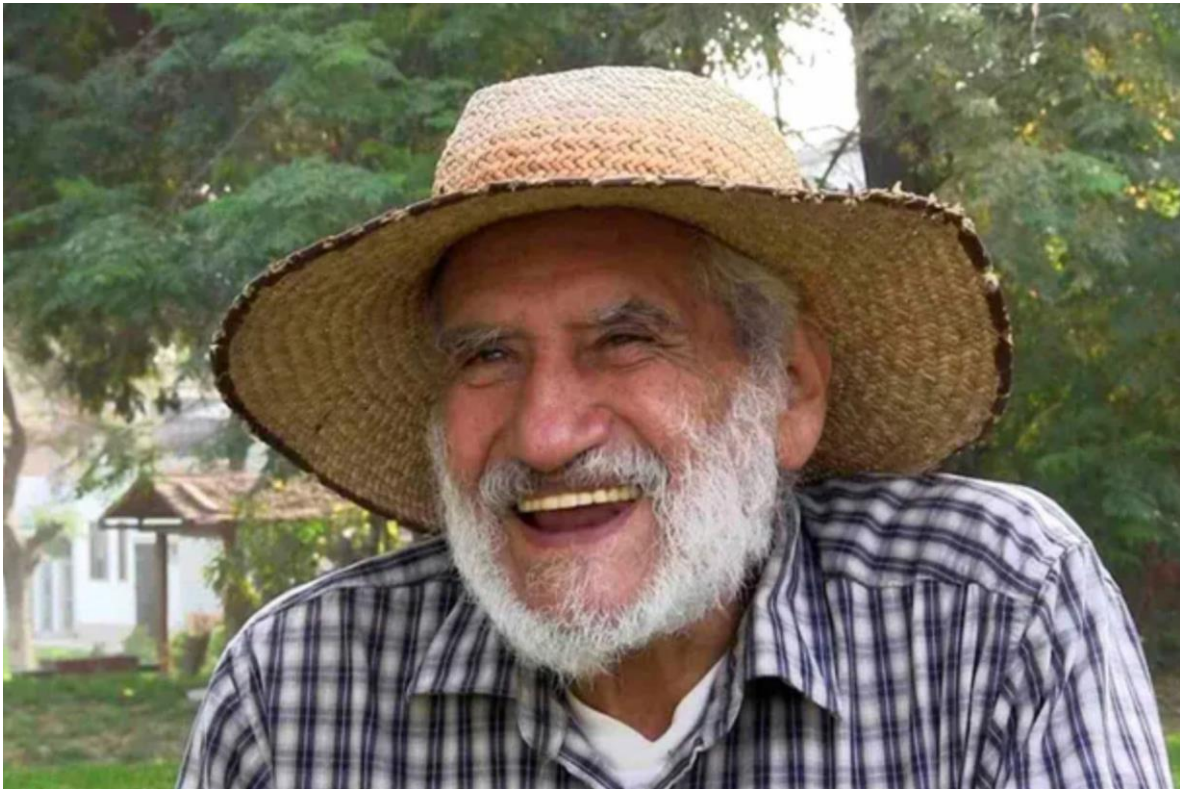
Alicia Tovar/Salud con Lupa

Quelle: <https://saludconlupa.com/series/un-veneno-oculto-en-mi-plato/exportacion-toxica-4-multinacionales-europeas-venden-en-peru-19-pesticidas-prohibidos-en-su-territorio/>

Autorin und Übersetzung: Svenja Pesch

[1] (Quelle: *Relación de los plaguicidas de uso agrícola vigentes, prohibidos y cancelados de SENASA al 2021*, veröffentlicht in: <https://saludconlupa.com/series/un-veneno-oculto-en-mi-plato/exportacion-toxica-4-multinacionales-europeas-venden-en-peru-19-pesticidas-prohibidos-en-su-territorio/>)

[2] <https://www.boell.de/de/pestizidatlas>



11. Hugo Blanco ist tot

Ángel Hugo Blanco (15.11.1934, Cusco) starb am 25.6.2023.

Weil er eher den „älteren Personen der Peru-Soliarbeit“ bekannt ist, hier ein kurzer Nachruf.

Er wuchs in einer Zeit auf, in der es „normal“ war, dass die Großgrundbesitzer in den Anden Perus mit einem heißen Eisen ihre Besitzmarken in den Nacken ihrer Untergebenen einbrannten. Das prägte Hugo Blanco. Im Studium der Landwirtschaft in Argentinien kam er mit der links-trotzkistischen Partei in Kontakt, arbeitete in Großschlächtereien und war dann später wieder in Peru in der trotzkistischen Arbeiterpartei POR aktiv. Später, wieder in Cusco, engagierte er sich in der damals wichtigen Bauerngewerkschaft CCP (Confederación Campesina del Peru), wo er eine Zeitlang als Organisationssekretär tätig war. Er war Teil der Revolutionären Linken Vereinigung (FIR) und aktiv bei den Landbesetzungen gegen die Großgrundbesitzer unter dem Motto: Land oder Tod (Tierra o muerte). Er wurde gefangen genommen; der Militär-Staatsanwalt forderte 1966 für ihn die Todesstrafe. Durch starken internationalen Protest (u.a. durch Amnesty International Schweden) wurde er „nur“ zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt und später von der Militärregierung unter General Velasco (1970) begnadigt, musste aber ins Exil (Argentinien, Chile, Schweden). Viel später, 1990, war er für die damalige Vereinte Linke (Izquierda Unida) peruanischer Senator. In dieser Zeit beschäftigte er sich immer mehr mit dem sogenannten Ökosozialismus. Das machte ihn für viele Jugendliche wieder sehr interessant.

In den letzten Jahren war er bekannt als leidenschaftlicher Verfechter der indigenen Sache, unter anderem gab er einen Newsletter zu diesen Fragen heraus.

Am 25.6.2023 starb Hugo Blanco mit 88 Jahren in Schweden, wo er sich zur Behandlung seiner Krankheit aufhielt und wo seine älteste Tochter lebt. Sie ist aktive Umweltschützerin und leitend in der Organisation Solidaridad Suecia América Latina. Sein erster Abschied fand im Lokal der CCP in Lima statt. Unter großer Beteiligung wurde er am 9. Juli 23 in seiner Heimatstadt Cusco beerdigt.

Hugo Blanco, genannt Hugucho, bleibt in Erinnerung, auch in seiner Abneigung gegen das Prinzip individueller Führerschaft. Seine Meinung: Diese ist von den Unterdrückern erfunden worden, um das Prinzip der Basisarbeit auf dem Prinzip der Horizontalität zu unterdrücken.

Heinz Schulze

12. Gesetzentwurf gegen unkontaktierte indigene Völker zu den Akten gelegt

Die lange Debatte im peruanischen Kongress zum [Gesetzesentwurf 3518](#) über unkontaktierte indigene Völker (PIACI) ist beendet: Die Dezentralisierungskommission des Kongresses hat mehrheitlich erklärt, dass das Gesetz nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt. Damit ist der Gesetzentwurf erst einmal vom Tisch. Zuvor hatte sich bereits der Kulturausschuss der Stimme enthalten. Der Ausschuss für indigene Völker hatte die Gesetzesinitiative mehrheitlich abgelehnt.

Mit der von Jorge Morante aus der Fujimori-Fraktion eingebrachten Gesetzesinitiative sollte die Zuständigkeit für den Schutz der PIACI vom Kulturministerium auf die Regionalregierungen übergehen. Diese sind dem starken Druck der Wirtschaft und der Mafia ausgesetzt, die für Bergbau, Holzeinschlag oder Cocaaanbau Zugang zu weiteren indigenen Gebieten erhalten wollen.

Deshalb befürchteten die Gegner*innen des Gesetzentwurfs, dass eine Zuständigkeit der Regionalregierungen für den Schutz der PIACI deren Ausrottung bedeutet hätte.

Die endgültige Ablehnung des Gesetzentwurfs erfolgte nach heftigen Protesten von indigenen Organisationen, den zuständigen Ministerien, von Fachleuten, aus der Zivilgesellschaft und von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen. Letztere erinnerten die peruanische Regierung an ihre internationalen und verfassungsmäßigen Verpflichtungen zum Schutz isolierter Völker und forderte sie auf, diese einzuhalten.

Wichtig war auch die Unterstützung der Proteste durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich in den letzten Tagen einer weltweiten Kampagne zur Verteidigung der PIACIs gegen das Gesetzesvorhaben angeschlossen haben. Dazu gehören der US-Schauspieler Mark Ruffalo, der

in weltberühmten Filmen den "Hulk" spielt, und die junge schwedische Umweltaktivistin Greta Thunberg.



Am 15. Juni startete die Petitionsplattform Avaaz eine weltweite Petition zur Verteidigung der indigenen Völker in freiwilliger Isolation in 16 Sprachen und in 200 Ländern. Auch die Infostelle Peru hat die Petition verbreitet. Bis zum 25. Juni wurde sie über 590.00 mal unterzeichnet.

In der Debatte im Dezentralisierungsausschuss war Jorge Morantes, der die Gesetzesinitiative eingebracht hatte, schließlich der einzige Abgeordnete, der sich für das Gesetz aussprach. Sogar seine Fraktionskolleg*innen sprachen sich in der Debatte gegen das Verbot aus, ebenso der Vertreter der rechtsextremen Partei Renovación Popular und die Abgeordnete von Avanza País.

Nach dieser Entscheidung begrüßten das Kulturministerium und die indigenen Organisationen, dass der Gesetzentwurf jetzt auf Eis gelegt wurde. Letztere erklärten, dass sie weiterhin auf jede Bedrohung des PIACI achten würden.

Der peruanische Staat erkennt offiziell 20 PIACI mit rund 7.000 Indigenen in Peru an. Sie leben in sieben gesetzlich geschützten Schutzgebieten.

Annette Brox

13. Hinweise und Ankündigungen – August 2023

Veranstaltungen

Nicht meine Entwicklung!

Zukunftsvisionen junger indigener Aktivist*innen in Peru

Online-Diskussion

Donnerstag, 28. September, 19 Uhr

„Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“

Diesem Ruf der jungen Klimaktivist*innen in Deutschland würden sich junge indigene Aktivist*innen sicherlich lautstark anschließen. Ihre Zukunft ist massiv bedroht durch ein Entwicklungsmodell, für das die indigenen Territorien vor allem eine Chance des Raubbaus und kein Lebensraum sind.

Welche Rolle spielt die Jugend bei der Verteidigung des Regenwaldes und indigener Lebensweisen? Wie ist ihre Perspektive auf die Zukunft? Was erwarten sie vom „Globalen Norden“?

Wir sprechen mit indigenen Vertreter*innen aus drei Regionen des peruanischen Amazonasgebietes:

Jhakemil Kashiri Preatsiri, Matsigenka, Mitgründerin der indigenen Jugendorganisation Asociación de Jóvenes Indígenas y Colonos Amazónicos del Megantoni, Cusco

Ruth Sanchez, Shipibo-Konibo, Präsidentin der indigenen Jugendorganisation ACITCJIA, Ucayali

Henry Lopez Velazquez, Asháninka, Gemeindevorsteher von Tsiriri, Satipo, Junín

Auf Spanisch und Deutsch mit Simultanübersetzung ins Deutsche.

Flyer und Anmeldung [hier](#).

Am Beispiel Peru: Mit internationalen Abkommen Umwelt und Menschenrechte schützen?**Podiumsdiskussion****Donnerstag, 5. Oktober, 19 Uhr****Freiburg, Volkshochschule Freiburg, Rotteckring 12**

Angesichts des technischen Wandels steigt der globale Bedarf an Metallressourcen stark an. So wird der Abbau von Kupfer als zentraler Rohstoff für die Energiewende in den kommenden 30 Jahren um über 50 % steigen, Lithium sogar um 2.100 %. Auf der anderen Seite leiden im rohstoffreichen Peru viele Gemeinden unter den Auswirkungen des Bergbaus auf Gesundheit und Umwelt. Vielerorts kommt es daher zu sozialen Protesten.

An diesem Abend sprechen wir mit Expert*innen über die Herausforderungen der Energiewende im Zusammenhang mit dem Bergbau in Peru.

Wie können wir unseren Verpflichtungen im Klimaschutz nachkommen und gleichzeitig lokale Gemeinschaften und Ökosysteme im globalen Süden schützen? Welchen Stellenwert haben das Abkommen von Escazú und das deutsche bzw. europaweite Lieferkettengesetz?

Referent*innen:

Antonio Zambrano, Politikwissenschaftler und Ex-Direktor der peruanischen Klimaschutzbewegung Mocicc

Vanessa Schaeffer, Umwelt- und Menschenrechtsanwältin, Ex-Mitarbeiterin der peruanischen Menschenrechtsorganisation CooperAcción, Beraterin für Bergbau und Klimagerechtigkeit, Erzdiözese Freiburg/Infostelle Peru

Felix Roll, Fachpromotor für nachhaltige öffentliche Beschaffung und Unternehmensverantwortung bei der Werkstatt Ökonomie e.V. in Heidelberg

Auf Deutsch und Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche.

In Zusammenarbeit mit dem Eine Welt Forum Freiburg, Caritas international und der VHS.

Anmeldung [hier](#).

Peru in der Klimakrise**Vortrag und Diskussion****Donnerstag, 28. September, 18 Uhr****Mannheim, Haus der Jugend, C2, 16**

Peru ist weltweit eines der artenreichsten Länder. Neben dem amazonischen Regenwald gibt es auch an der Küste und dem Andenhochland eine Vielzahl an einzigartigen Ökosystemen. Doch diese Vielfalt wird durch die Klimaerwärmung und ihre Folgen zunehmend bedroht.

Extremwetterereignisse werden immer häufiger. Starke Regenfälle führen zu Erdbeben und Überschwemmungen, andererseits haben anhaltende Dürreperioden enorme Ernteaufschläge und Engpässe des Trinkwassers zur Folge. Gleichzeitig schmelzen die Gletscher im Andenraum und das Wetterphänomen El Niño verursacht immer größere Schäden.

Welche Verantwortung tragen die Länder des globalen Nordens für die Situation in den Ländern des globalen Südens? Und wie hängen die beschriebenen Klimafolgen in Peru konkret mit dem zusammen, wie wir uns heute und zukünftig unser Zusammenleben in Mannheim organisieren?

Referent:**Antonio Zambrano Allende**, Ex-Direktor der peruanischen Klimaschutzbewegung MOCICC, Lima

Auf Deutsch und Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche.

In Zusammenarbeit mit dem Peru-Partnerschaftskreis im BDKJ Mannheim und dem Eine-Welt-Forum Mannheim

Neue Videos zu Peru**Videos von IDL beweisen: gezielte Tötungen durch die Polizei bei Protesten**

Die Nachrichtenplattform IDL Reporteros (IDL-R) hat in zwei Videofilmen die Tötung von Demonstrierenden während der landesweiten Proteste gegen die Regierung Boluarte im vergangenen Dezember und Januar dokumentiert. Die Videos belegen, dass die Todesfälle keine „Unfälle“ oder „Versehen“, sondern gezielte Tötungen waren.

Zehn der achtundvierzig zivilen Todesopfer kamen am 15. Dezember in Ayacucho ums Leben. Auf der Grundlage der Analyse von Film- und Tonaufzeichnungen, Dokumenten und Zeugenaussagen hat IDL-R rekonstruiert, wo und wie sechs der zehn Personen ums Leben kamen. In den sechs

untersuchten Fällen konnten die Journalist*innen nachweisen, dass es sich bei den Schützen um Militärangehörige handelte und wer die Verantwortlichen für die Militäroperation waren. Das Video kann [hier](#) angesehen werden. Für diese Recherchen haben die Journalist*innen von IDL-R eine [Auszeichnung](#) der kolumbianischen Gabo-Stiftung erhalten.

Ebenso rekonstruierte IDL-R die Ereignisse im Rahmen der Proteste am 9. Januar in Juliaca. Anhand von Videos, Fotos, Dokumenten und Zeugenaussagen veröffentlichten die Investigativjournalist*innen aufschlussreiche Informationen über 10 der 19 Todesfälle. So konnte der Aufenthaltsort der Opfer und der Polizeibeamten zum Zeitpunkt der tödlichen Schüsse ermittelt werden. Dieses Video kann [hier](#) angesehen werden.

Kurzfilm: Cerro de Pasco – die Jugend, die niemals aufgibt

Elena Clénin, Comundo-Fachkraft beim bergbaukritischen Netzwerk Red Muqui, hat einen 15-Minuten-Film über junge Menschen in der Bergbaustadt Cerro de Pasco gedreht. Seit 100 Jahren gibt es in der Stadt in den Zentralanden industriellen Bergbau mit fatalen Folgen für die Umwelt und die Anwohner*innen: Wasserquellen verschwinden, Seen sind vergiftet, die Menschen, insbesondere Kinder, leiden unter einer extrem hohen Belastung durch Schwermetalle.

In dem Film erzählen Jugendliche, wie sie die Situation erleben und vor allem, wie sie sich für ein besseres Leben in Cerro de Pasco engagieren.

Der Film ist mit deutschen Untertiteln auf dem [Youtube-Kanal](#) der Infostelle Peru veröffentlicht.

Reportage: Eine Wüstenstadt sucht nach Wasser

Peru leidet unter Wassermangel. Immer mehr Menschen leiden unter Trockenheit, schlechten Versorgungsnetzen und Armut. Insbesondere in der Hauptstadt Lima und ihren Vorstädten reicht das Wasser nicht für die rund zehn Millionen Einwohner*innen.

Am Rande des Armenviertels im Süden Limas, im Valle Escondido, gibt es keine Wasserleitungen oder eine Kanalisation. Doch die Bewohner*innen werden kreativ. Christoph Röckerath trifft den Gründer der gemeinnützigen Organisation „Peruaner ohne Wasser“. Deren Idee: Lima hat zu wenig Trinkwasser – dafür jede Menge Nebel. Abel Cruz ist es gelungen, den Nebel mit einfachen Dingen aus dem Baumarkt einzufangen und so Menschen mit Trinkwasser zu versorgen.

Außerdem fährt Christoph Röckerath bis hoch in die Anden, wo alte Inka-Techniken dabei helfen, die Grundwasserspeicher aufzufüllen.

Die 16minütige Reportage des ZDF-Auslandsjournals ist in der [ZDF-Mediathek](#) abrufbar.

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.